

Ein Auge auf Kolumbien werfen

Internationale Karawane für das Leben der
kolumbianischen ArbeiterInnen, 20.-26. Juni 2004



Reise- und Erfahrungsbericht
Marianne Hürten

Inhalt:

- 3 Vorwort**
Marianne Hürten, MdL, frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion
- 5 Aufruf**
Internationale Karawane für das Leben der kolumbianischen ArbeiterInnen
- 8 Programm der Karawane und Begegnungen**
Reiseverlauf
- 12 Kolumbien, wohin geht dein Reichtum?**
- 15 Bedrohung der GewerkschafterInnen mit allen Mitteln**
u.a. Berichte der Escuela Nacional Sindical und der Sintraunicol
- 18 Zwei Tage in Cali**
H.P. Schmutz, Gewerkschaft Bau und Industrie, Bern
- 19 Politik von Nestlé in Kolumbien: ungenießbar**
H.P. Schmutz
- 20 Zeugnisse von Angehörigen ermordeter Gewerkschafter**
Zusammenfassung mündlicher und schriftlicher persönlicher Berichte
- 21 Verschwunden für immer**
nach Informationen von ASFADDES, Vereinigung der Familienangehörigen der Verschwundenen
- 23 Vertrieben im eigenen Land**
Problem der massiven Inlandsvertreibung Kolumbiens
- 25 Barrancabermeja – Stadt mit vielen Gesichtern**
die kolumbianische Erdölmetropole stellt sich vor
- 28 Defensoria del Pueblo – Ombudsstelle des Volkes**
aus der Arbeit einer Beschwerdestelle
- 30 Frauen organisieren sich**
*landesweit in der OFP - Organización Femenina Popular
in Barrancabermeja in der MUDEUB - Frauenorganisation u.a. der Erdölgewerkschaft USO*
- 31 Menschenrechtsorganisationen unter Druck**
Präsident Uribe attackiert u.a. Amnesty International
- 32 Strafverfolgung nach Gutsherrenart**
politische Gefangene füllen die Gefängnisse
- 34 Uribe, Präsident mit zwei Gesichtern**
Hintergründe der Person und Politik des kolumbianischen Präsidenten
- 36 Aktionsplan der internationalen Karawane**
- 38 Auszug aus einem Info-Brief der Peace Brigade International**
- 39 Coca-Cola-Aufruf**
Wuppertaler Sozialforum
- 40 Impressum**

Vorwort

von Marianne Hürten, MdL,
frauenpolitische Sprecherin
der GRÜNEN Landtagsfraktion



Mitte Juni diesen Jahres nahm ich an einer internationalen Solidaritätsreise von Gewerkschaftsgruppen und Menschenrechtsinitiativen in Kolumbien teil. Während meines Aufenthalts in Kolumbien habe ich zugesagt, dass ich nach meiner Rückkehr in Deutschland im Rahmen meiner Möglichkeiten über die massiven Menschenrechtsverletzungen, die Ermordungen, Vertreibungen, das „Verschwindenlassen“ und die Rechtlosigkeit in Kolumbien informieren werde. Viele GesprächspartnerInnen in Kolumbien betonten immer wieder, wie wichtig für sie die deutsche und europäische Unterstützung sei. Staatspräsident Uribe ist sehr an internationaler Anerkennung gelegen. Ihm muss deutlich gemacht werden, dass die massiven ungeahndeten Menschenrechtsverletzungen in seinem Lande dem entgegenstehen und dass seine Haltung gegenüber den Paramilitärs für RepräsentantInnen demokratischer Rechtsstaaten nicht akzeptabel ist. Ich hoffe, ich kann mit dieser Dokumentation einen kleinen Beitrag zum Verständnis der Situation und zur Unterstützung der in Kolumbien bedrohten Menschen leisten.

Meine Beteiligung an dieser Reise ergab sich relativ kurzfristig. Im Mai 2004 schlug mir Beatrix Sasser mann (Betriebsrätin der Belegschaftsliste Bayer Wuppertal) vor, sie auf einer Solidaritätsreise nach Kolumbien zu begleiten. Wir kennen uns seit über 30 Jahren; unsere gemeinsame Geschichte umfasst die gewerkschaftliche Jugend- und Jugendvertretungsarbeit, kritische Gewerkschafts- und oppositionelle Betriebsratsarbeit¹. Beatrix engagiert sich schon lange in internationalen gewerkschaftlichen Solidaritätsprojekten, so z.B. im ChemiarbeiterInnenaustausch einschließlich gemeinsamer Seminare mit brasilianischen Kollegen. Ich habe an mehreren Tagungen mit

brasilianischen Delegationen hier in Deutschland teilgenommen und war Anfang der 90er Jahre selbst in Brasilien. Gemeinsames Thema war die Globalisierung, die Rolle transnationaler Unternehmen – insbesondere der Chemiemultis – und die teilweise erheblich auseinander klaffenden sozialen und rechtlichen Standards für die Beschäftigten in den verschiedenen Ländern.

Kolumbien war für mich allerdings ein völlig neues Pflaster. Außerdem spreche ich nicht Spanisch. Deshalb zögerte ich zunächst. Der Aufruf von 28 kolumbianischen Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen zu einer internationalen Karawane für das Leben der kolumbianischen Arbeiter und Arbeiterinnen verdeutlichte allerdings die Dringlichkeit einer solchen Solidaritätsaktion. In keinem anderen Land der Erde ist Gewerkschaftsarbeit so gefährlich, wie in Kolumbien. In den 18 Jahren seit Entstehung des Gewerkschaftsdachverbandes CUT wurden 3.800 aktive GewerkschafterInnen von Paramilitärs ermordet. Dazu kommen Entführungen, spurloses Verschwindenlassen aber auch andere Repressalien. Unrühmlich hervor tun sich dabei international agierende Konzerne wie Nestlé und Coca-Cola. So wurden bei der kolumbianischen Coca-Cola-Tochter seit 1990 acht Gewerkschafter ermordet, zahlreiche weitere entführt und gefoltert. Auch illegale Werksschließungen und massive Verstöße gegen Tarifverträge und Gesetze werden genutzt, um gewerkschaftliches Engagement im Keim zu ersticken.

Vor diesem Hintergrund entschloss ich mich – unterstützt von der grünen Landtagsfraktion – zur Teilnahme an der Karawane. Zwei Fraktionskolleginnen erklärten sich spontan bereit, mich bei Ausschusssitzungen zu vertreten.

Die verbleibenden wenigen Wochen bis zum Reisestart nutzte ich zur Vorbereitung und las alles, was ich über Kolumbien und seine politische Situation bekommen konnte.

Am 18. Juni ging es los. Zusammen mit Beatrix Sassermann und Christina Klissenbauer (Pax Christi) startete ich frühmorgens von Düsseldorf. Beim Umsteigen in Paris stießen noch zwei schweizerische Gewerkschaftsfunktionäre zu uns, die gegen die Machenschaften der kolumbianischen Nestlé-Niederlassung schon seit mehreren Jahren aktiv sind. Insgesamt nahmen 56 Menschen aus neun Ländern Europas und Nordamerikas vom 20. bis zum 26. Juni 2004 an der internationalen Karawane für das Leben kolumbianischer Arbeiterinnen und Arbeiter teil. Es gab mehrere offizielle Gewerkschaftsdelegationen z.B. aus der Schweiz und aus Belgien; aus verschiedenen Ländern kamen VertreterInnen von Coca-Cola-Aktionsgruppen, besonders zu erwähnen sind hier die US-AmerikanerInnen, die schon ein großes Coca-Cola-Tribunal durchgeführt haben. Andere kamen von Menschenrechtsorganisationen oder alternativen Medienprojekten. Nach zwei mit Vorträgen, Gesprächen und Ortsbesichtigungen voll gepackten Tagen in Bogotá teilte sich die Karawane auf, um sich in verschiedenen Regionen Kolumbiens über die Situation vor Ort zu informieren. Unsere deutsche Delegation flog in den Nordosten in die Erdölstadt Barrancaberme-

ja und weiter nach Bucaramanga. Alle Reisen konnten ohne Probleme durchgeführt werden, bis auf eine nach Arauca, die nur unter großen Schwierigkeiten realisiert wurde. Es entstand der Eindruck, als sei es nicht erwünscht, dass Außenstehende sich in dieser besonders umkämpften Region nahe der venezolanischen Grenze informieren. Mit großer Erschütterung haben wir vernommen, dass u. a. einer der Gesprächspartner in Arauca, ein Vertreter einer Bauernorganisation, nur wenige Wochen nach unserer Rückkehr aus Kolumbien ermordet wurde. Im gleichen Zeitraum wurde in der Provinz Valle de Cauca der Vorsitzende der LehrerInnengewerkschaft vor seinem Haus erschossen, als er sich mit NachbarInnen unterhielt. Dies verdeutlicht, dass in Kolumbien der gewaltsame Tod für die besonders bedrohten Personengruppen (VertreterInnen von Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen) ein ständiger Begleiter ist.

Während unserer Reise profitierte ich von den umfangreichen Erfahrungen von Christina Klissenbauer, die lange in Bogotá gelebt und über den Jahrtausendwechsel in Barrancabermeja in einem Stadtteilprojekt gearbeitet hat. Neben dem offiziellen Programm organisierte sie in (fast) jeder freien Minute Gespräche und Begegnungen mit VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen und gab mir Hintergrundinformationen, sodass ich mir in der relativ kurzen Zeit ein sehr umfassendes

Bild machen konnte. Darüber hinaus übersetzte sie für mich sowohl während unseres Aufenthalts bei den Veranstaltungen, Gesprächen und Pressekonferenzen als auch mitgebrachte Texte zur Vorbereitung dieser Dokumentation. Ohne sie wäre meine aktive Teilnahme an der Karawane nicht möglich gewesen. Ich danke ihr von ganzem Herzen für diese Unterstützung.

Ich war die einzige Parlamentarierin in der Karawane. Mir war es wichtig, nicht als Privatperson, sondern offiziell im Auftrag der grünen Landtagsfraktion NRW an dieser Reise teilzunehmen und bereits im Vorfeld das Auswärtige Amt in Kenntnis zu setzen.

Mein Appell nach dieser Reise ist:

Für Kolumbien, vor allem für die Menschen in Kolumbien, darf der Weg aus dieser Situation nicht weitere Militarisierung sein (z. Zt. unterstützen die USA den innerkolumbianischen Militäreinsatz unter dem Deckmantel Narco-Terrorismus²). Es muss eine Verhandlungslösung geben, die Klarheit und Wahrheit bezogen auf die Menschenrechtsverletzungen genauso beinhaltet, wie die Strafverfolgung von Mördern und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Ich fordere die Politikerinnen und Politiker unseres Landes auf, den ihnen möglichen Beitrag dazu zu leisten!



¹ Ich bin seit rund 25 Jahren bei der Gruppe „Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit“ bei der Bayer AG in Leverkusen aktiv.

² Nach dem 11. September 2001 sind die kolumbianischen Guerillas als „Narco-Terroristen“ klassifiziert worden, das heißt, die Drogenbekämpfung wurde mit der Guerillabekämpfung in einen Topf geworfen. Gelder, vorgesehen für die Anti-Drogen-Kampagne, können nun auch für den „Kampf gegen den Terror“ eingesetzt werden.

Aufruf:

INTERNATIONALE KARAWANE FÜR DAS LEBEN DER KOLUMBIANISCHEN ARBEITER/INNEN

VOM 20. - 26. JUNI 2004

(Übersetzung aus dem Spanischen)



In diesem südamerikanischen Land werden - wie in keinem anderen der Welt - fast täglich Arbeiterführer ermordet. 2003 wurden auf den kolumbianischen Straßen 78 KollegInnen durch Paramilitärs umgebracht. Seit der Entstehung des kolumbianischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT sind auf diese Weise 3800 aktive Gewerkschafter ums Leben gekommen.

Dieser Welle der Gewalt sind insbesondere ArbeiterInnen multinationaler Unternehmen, öffentlicher Dienste, LehrerInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen zum Opfer gefallen, die sich unermüdlich gegen die Privatisierungen einsetzen und sich dem Ausverkauf des kolumbianischen öffentlichen Eigentums widersetzen.

Alle diese Verbrechen bleiben total straffrei, da der Staat kein politisches Interesse hat, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und den Schmerz der Opfer zu lindern. Der weitaus größte Teil der Strafprozesse ist entweder zu den Akten gelegt oder bleibt in den Anfängen stecken ohne die Möglichkeit, der Welt die Wahrheit vor Augen zu führen, und wer die Nutznießer dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind.

Der Staat hat, wie schon immer, mit Gewalt auf unseren Ruf nach Gerechtigkeit reagiert. Dutzende VertreterInnen von sozialen und Volksbewegungen befinden sich in den kolumbianischen Gefängnissen unter Anklage des Terrorismus und der Rebellion, denn die Verurteilung und Kriminalisierung der sozialen Bewegung ist Teil einer Politik der „demokratischen Sicherheit“ als Strategie zur Liquidierung der Basisorganisationen.

Diese brutale Realität hat dazu geführt, dass verschiedene Gewerk-

schaften und MenschenrechtsvertreterInnen sich an die Gerichte anderer Länder gewandt haben, um eine integrale Wiedergutmachung für ihre Mitglieder, Familienangehörigen und Freunde zu erlangen. Die Prozesse gegen Coca Cola, Drummond, British Petroleum Company - BP- stellen klar die Straflosigkeit in Kolumbien heraus.

Die Internationalen Kampagnen, die zur Zeit gegen multinationale Konzerne durchgeführt werden, sind sehr wichtig.

Sie haben es ermöglicht, der Welt vor Augen zu führen, wie u. a. Nestlé, Coca Cola, die Occidental Petroleum Company, Repsol, Frontino Gold Mines, Mineros de Antioquia, Corona Goldfields, Sur American Gold Corporation, Normandy Mining, BP sich durch kriminelle Aktionen mit Hilfe von paramilitärischen Gruppen bereichern. Das hat dazu geführt, dass soziale Organisationen und Gemeinschaften in den Gebieten, wo diese Ausbeutung der Bodeschätze stattfindet, praktisch ausgerottet wurden.

Diese Initiativen für das Leben unserer Männer und Frauen zur Verteidigung unserer Organisationen und Gemeinden haben dazu beigetragen, dass neue Formen des globalen Widerstandes entstanden sind für ein ANDERES KOLUMBIEN, für eine andere mögliche Welt, in der wir in Würde leben können.

Aber um diese Träume zu verwirklichen, müssen wir weiter existieren, d.h. vom kolumbianischen Staat verlangen, dass er unser Leben und das unserer Organisationen garantiert, dass Aufklärung der Verbrechen geschieht und dass die Verantwortlichen bestraft und der Schmerz der Opfer gestillt werden. Die Gewerkschaftsbewegung in Kolumbien hat alles Recht zu

existieren und ihren Beitrag zu leisten bei der Suche nach politischen Lösungen für den sozialen Konflikt, den das Land erleidet. Um zu überleben und neue Hoffnungen

für unser Kolumbien zu begründen, ist der Besuch der internationalen Gewerkschaftsbewegung, der Menschenrechtsorganisationen, sozialen Organisationen und demokratischer

Persönlichkeiten notwendig, damit sie an unserer harten Realität teilhaben.

Die Internationale Karawane für das Leben der kolumbianischen ArbeiterInnen hat das dringende Anliegen:

1. die Moral der Gewerkschaftsbewegung zu stärken, die immer mehr zerschlagen wird und sich auf dem Wege der Vernichtung befindet, zugunsten der multinationalen und nationalen Monopole.
2. durch internationale Solidarität den Widerstand unserer Gemeinschaften im Einsatz für das Leben stärken. Der Austausch mit den Opfern und die Begleitung der Kampagnen legitimieren unseren Kampf.
3. Die internationale Gewerkschaftsbewegung muss vom kolumbianischen Staat Aufklärung der Verbrechen an unseren Gewerkschaftsmitgliedern fordern, denn diese haben auch Auswirkungen auf sie selbst.
4. einen Beitrag zu leisten zur Verwirklichung eines großen internationalen Ereignisses, das vor den Augen der Welt die Wahrheit offen legt über die Verbrechen an ArbeiterInnenorganisationen und ihrer Gemeinschaften.
5. dass dieser Besuch uns hilft zu überleben und fortzufahren im Einsatz für ein anderes Kolumbien.

Diese große Initiative für das Leben findet statt vom 21 bis 25. Juni 2004 und besucht verschiedene Regionen Kolumbiens:

Bogotá, Barranquilla, Medellín, Cali, Arauca, Bucaramanga und Barrancabermeja.

Wir laden euch ein, an dieser wichtigen Aufgabe für ein Leben in Würde teilzuhaben.

Gezeichnet von den 25 einladenden Organisationen der Internationalen Karawane.

Kolumbien



Programm der Karawane und Begegnungen

REISEVERLAUF



Ankunft in Bogotá: v.l. Marianne Hürten, Ruedi Keller, Hans-Peter Schmutz, Sarah Seiler, Beatrix Sassermann

19./20. Juni 2004, Vorprogramm

Wir treffen am frühen Vormittag des 19. Juni in Bogotá ein. Am Flughafen empfangen uns Gewerkschafter der CUT³ und Hernando, ein guter Freund von Christina Klissenbauer, mit dem sie über zwei Jahre in Barrancabermeja zusammengearbeitet hat. Bis zum offiziellen Start der Karawane haben wir noch anderthalb Tage Zeit. In einem intensiven Gespräch informiert Hernando uns über die Situation in Kolumbien, insbesondere in Barrancabermeja. Ich bekomme einen ersten Eindruck davon, was es für die Menschen heißt, wenn Paramilitärs „ihre“ Stadt übernommen haben, das Alltagsleben kontrollieren und sich Gefechte mit den Guerillas liefern.

Am Sonntag brechen wir bereits morgens zu einem Ausflug auf. Wir besuchen die „Salzkathedrale“ in einem Berg vor den Toren Bogotás. Bereits die Indios haben hier Salz bergmännisch abgebaut. Zusammen mit vielen kolumbianischen Familien werden wir in den Berg hineingeführt und sind beeindruckt. Ein in das Gestein gehauener kilometerlanger Gang wurde zum Kreuzweg um-

gestaltet und riesige Höhlen bilden die sakralen Räume der Kathedrale.

20. Juni 2004, kultureller Auftakt

Den Auftakt zur Karawane bildet am Sonntagabend ein Kulturprogramm in einem Theater in Bogotá. Engagierte Künstlerinnen und Künstler setzen die Konflikte des Landes und eigenes Erleben in Ballett, Theaterszenen, Musik und Gesang um; VertreterInnen indigener Völker bringen uns Elemente ihrer Kultur nahe. Insbesondere die Problematik der Vertreibung kommt in mehreren Beiträgen zum Ausdruck. Danach genießen wir kolumbianische Gastfreundschaft – exotische Säfte und große Platten mit Fleisch und Gemüsespezialitäten werden serviert -, verständigen uns in allen möglichen Sprachen und wenn es nicht anders geht mit Händen und Füßen.

21. Juni 2004, die kolumbianische Realität

Wir tagen – unter permanentem Polizeischutz – im Versammlungsraum der Bankgewerkschaft Uneb. Die Bewachung dient weniger uns, als den anwesenden kolumbianischen

GewerkschaftsfunktionärInnen, die so vor ihrer Ermordung oder Entführung geschützt werden sollen. Die Büros der Nahrungsmittelgewerkschaft Sinaltrainal liegen direkt nebenan, unauffällig untergebracht in einem zweistöckigen Wohngebäude. Hier laufen bei Edgar Páez, dem internationalen Sekretär, die Fäden für die Vorbereitung und Durchführung der Karawane zusammen.

VertreterInnen der anwesenden kolumbianischen Organisationen präsentieren sich und erläutern ihre Anliegen. Dann stellen sich die TeilnehmerInnen der Karawane mit ihrem gewerkschaftlichen oder politischen Hintergrund in den verschiedenen Ländern vor. Es folgt geballter Input:

- die Erwartungen an die Karawane,
- die aktuelle politische Lage in Kolumbien,
- „Megaprojekte“ und ökonomische Hintergründe,
- Straflosigkeit von Gewalttaten,
- Situation der RechtsanwältInnen, RichterInnen und Justizangestellten,
- Globalisierung, neoliberale Politik und Auswirkungen auf Kolumbien.

Uns raucht der Kopf! Deshalb folgt die kolumbianische Realität in der Praxis: Wir fahren zum öffentlichen Hospital San Juan de Dios in einem Stadtteil von Bogotá. Hier wurden bis vor wenigen Jahren täglich 1.500 PatientInnen behandelt. Die Versorgung musste eingestellt werden; seit 1999 erhalten die Angestellten keine Gehälter mehr, die Energie- und Wasserversorgung wurde abgestellt, Arznei- und Behandlungsmittel

konnten nicht mehr ersetzt werden. Im Innenhof findet ein Solidaritätsfest mit dem traditionellen kolumbianischen Sancocho⁴ statt. Wer auch immer Hunger hat, wird aus dem riesigen Suppentopf bedient. Wir haben Gelegenheit zu vielen Gesprächen und zur Besichtigung des gut erhaltenen Krankenhauses, das die Beschäftigten besetzt haben. Ihre Klage gegen die illegale Stilllegung und die Einstellung der Gehaltszahlung wurde noch nicht behandelt, seit über drei Jahren warten sie auf einen Gerichtsentscheid.

22. Juni 2004, politische Gespräche

Alle Ländergruppen haben schon im Vorfeld Gesprächstermine mit der landeseigenen Botschaft verabredet. Darüber hinaus haben sich die Organisatoren der Karawane intensiv um Gesprächstermine mit RegierungsvertreterInnen, fortschrittlichen Abgeordneten bzw. ParteivertreterInnen, dem Bürgermeister von Bogotá, Verantwortlichen von Coca-Cola und der Generalstaatsanwaltschaft bemüht.

Nicht alle Gespräche kommen zustande; Coca-Cola winkte ab, der Bürgermeister von Bogotá hat keine Zeit, von der Regierung steht lediglich die Vizeministerin für

Arbeit und soziale Sicherheit (ehemalige Justiziarin von Nestlé) zur Verfügung. Da sich viele Termine überschneiden, teilt die Karawane sich auf.

Beatrix Sassermann und ich führen ein intensives Gespräch mit Herrn Wolfrum, dem stellvertretenden deutschen Botschafter, über die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien. Und natürlich informieren wir ihn über die Karawane, ihre Ziele und unser Reiseprogramm.

Bei meiner Rückkehr in unser Quartier, einem kleinen Gästehaus der Dominikanerinnen, erwartet mich schon Christina Klissenbauer mit Rocío Bautista und Gladys Avila von der Vereinigung der Familienangehörigen der Verschwundenen – ASFADDES. Die Frauen informieren uns über ihre Arbeit und ihren Einsatz für die vielen Verschwundenen und ihre Familien im Land.

Während des Mittagessens sprechen wir mit Danilo Rueda und Sr. Carolina, Franziskanerin, vom Comité Intereclesial de Justicia y Paz (Interkirchliches Komitee Gerechtigkeit und Frieden). Sie stehen noch völlig unter dem Eindruck der kürzlich erfolgten Flucht der Friedensgemeinde⁵ La Balsita in



Urabá in die nahe gelegene Stadt Dabeiba aufgrund der Besetzung ihres Landes durch die Paramilitärs.

Am Nachmittag kommen die meisten Mitglieder der Karawane wieder zusammen zu einem großen Treffen mit VertreterInnen eines erst vor wenigen Monaten neu gegründeten Linksbündnisses „Alternativa Democrática“. Sie stellen uns eine Plattform vor, auf die sie sich verständigt haben, um so als vereinigte linke Koalition mehr Chancen bei anstehenden Wahlen zu haben. Besonders beeindruckt Gloria Cuartas, eine Frau mit starker Ausstrahlung und Power, die vor Jahren Bürgermeisterin in Apartado, Uraba war und sich wegen massiver Morddrohungen im Ausland in Sicherheit bringen musste. Wir unterhalten uns noch lange nach Ende des offiziellen Treffens über die Situation der Frauen in Kolumbien.

23. Juni 2004, Barrancabermeja

Am frühen Morgen fliegen wir mit 12 Mitgliedern der Karawane vom kühlen Bogotá ins tropisch schwüle Magdalena-Tal. Wir werden vor dem Haus der Erdölgewerkschaft USO von einer großen Menschenmenge begrüßt, die auch an der anschließenden Veranstaltung teilnimmt. Vorträge über die konkreten Auswirkungen der Politik der Privatisierung und Deregulierung in Barrancabermeja, Informationen über die Proteste und den Streik zum Erhalt der staatlichen Erdölgewerkschaft Ecopetrol und ein Gedicht über die Raffinerie bilden den Auftakt. Ein Filmbericht informiert uns über einen massiven Polizeieinsatz bei einer friedlichen Gewerkschaftsdemonstration wenige Tage vor unserer Ankunft. Eine Power-Point-Präsentation folgt mit einer erschreckend langen namentlichen Auflistung der zwischen 2000 und 2004 in Barrancabermeja ermorde-

ten GewerkschafterInnen. Auch die Verantwortlichen sind aufgeführt; bis auf wenige Ausnahmen sind Paramilitärs für die Morde verantwortlich. Im Versammlungsraum sind auch Angehörige von Ermordeten. Etwa ein Dutzend folgt der Aufforderung nach vorne zu kommen. Wir sind alle sehr ergriffen, als mehrere Frauen unter Tränen sehr konkret beschreiben, wie sie die Ermordung von Angehörigen miterlebt haben. Bis dahin waren es erschreckende Fakten und Zahlen. Jetzt werden die menschlichen Schicksale für uns greifbar. Die GewerkschafterInnen und Eliezer Soto von der Caritas fordern uns auf, Druck auf die ILO auszuüben. Sie soll endlich der Forderung nachkommen, eine Kommission zur Untersuchung der Ermordung der GewerkschafterInnen nach Kolumbien zu senden.⁶

Mittags teilt sich unsere Gruppe noch einmal. Der größere Teil fährt nach Yondo, einer Gemeinde auf der anderen Seite des Magdalena. Ein englischer Gewerkschafter, Christina und ich bleiben in Barranca. Noch auf dem Weg zum Sancocho, dem traditionellen Eintopf, der auch hier wieder im Innenhof angeboten wird, fangen mich Frauen von MUDEUB – Organisation der vereinigten Frauen zur Verteidigung von ECOPETROL und der Erdölgewerkschaft USO ab. Sie brennen darauf, mir ihre Organisation und ihre Arbeit vorzustellen.

Am Nachmittag erwartet uns ein dichtes Programm:

- Gespräch mit Bischof Jaime Prieto und weiteren kirchlichen Mitarbeitern
- Gespräch mit dem Bürgermeister Edgar Cote Gravino
- Gespräch mit dem Polizeipräsidenten Hill

- Gespräch mit der Ombudsfrau Esperanza Ramirez

Mit einiger Verspätung treffen wir abends wieder mit den Anderen im Hauptzentrum der Frauenorganisation OFP - Organización Femenina Popular - zusammen. Nach so viel Gesprächen sind wir froh, dass sie uns ihre Arbeit mit einem Videofilm vorstellen und uns anschließend zu einem kleinen Fest mit kolumbianischer Musik einladen.

24. Juni 2004, Bucaramanga

Um fünf Uhr morgens fahren wir mit dem Bus nach Bucaramanga. Bereits während des Frühstücks im Gewerkschaftshaus findet eine Pressekonferenz statt, bei der wir uns und das Anliegen der Karawane vorstellen. Unmittelbar danach brechen wir auf und besuchen zunächst eine Protestaktion. Die Studierenden und Universitätsangestellten von Bucaramanga haben zum Streik aufgerufen gegen die geplante Schließung der Universitätsklinik Ramón González Valencia. Bereits seit sechs Monaten werden keine Gehälter bezahlt. Danach verlassen wir die Stadt, um zwei Siedlungen von Vertriebenen zu besuchen. In der Region Santander leben etwa 5.000 Vertriebene, häufig in Slums oder Notquartieren. Unsere kolumbianischen BegleiterInnen machen uns unterwegs auf Vieles aufmerksam:

- eine große psychiatrische Klinik, die den gesamten Nordosten des Landes versorgt und ebenfalls geschlossen werden soll,
- ein Gefängnis (es wirkt wie ein Hochsicherheitstrakt) für 655 männliche Insassen; aktuell leben dort 1.600! überwiegend politische Gefangene,
- ein Frauengefängnis, in dem unerträgliche Zustände herrschen

sollen; so müssen die Frauen nackt stundenlange Untersuchungen über sich ergehen lassen (u. a. der Vagina). Wenn sie sich z.B. beim Besuch ihren Ehemännern gegenüber beschweren, gibt es Besuchsverbot,⁷

- die große Coca-Cola-Fabrik; am Zaun hängen Protestplakate und Transparente.

Wir erreichen eine kleine Siedlung in der Gemeinde Giron, 120 vertriebene Familien leben hier seit einem Jahr mit 400 Kindern in Hütten aus Brettern und Plastikplanen an einem unbefestigten steilen Hang. Die nächste Station ist eine Vertriebenen-siedlung in der Gemeinde St. Rafael de Lebrija, die bereits seit 10 Jahren besteht und deutlich besser befestigt ist.

Mittags kehren wir zurück ins Gewerkschaftshaus. Der CUT-Vorsitzende von Bucaramanga und der Region Santander begrüßt uns und gibt eine Einführung. Etwa zwei Drittel der dortigen Gewerkschaften und sozialen Organisationen sind in der Vergangenheit Opfer von Repression und Gewalt geworden, durch Bedrohung, Entführung und Ermordung ihrer Mitglieder bis hin zur Auslöschung der Organisation. Während des gesamten Nachmittags bis zu



unserer Abreise am frühen Abend konkretisieren VertreterInnen von Gewerkschaften, politischen und sozialen Organisationen die jeweiligen Repressionserfahrungen in kurzen Statements und übergeben uns Dokumente.

Diese permanente Bedrohung ist für uns unfassbar und es verdient unseren höchsten Respekt, dass sich unter solchen Bedingungen immer noch und immer wieder Menschen politisch und gewerkschaftlich engagieren.

25. Juni 2004, zurück in Bogotá

Die Zeit wird knapp. Nach und nach treffen die verschiedenen Delegationen aus den Regionen ein. Wir informieren uns gegenseitig über die Erfahrungen, Erlebnisse und unsere Rückschlüsse. Die Berichte und auch die Informationen des ersten Tages in Bogotá werden ausgewertet und eine Arbeitsgruppe beauftragt, die

Ergebnisse für eine Abschlussresolution zusammen zu fassen.

Am Vormittag findet parallel in einem Hotel im Zentrum eine Pressekonzferenz statt. Eine US-Amerikanerin, Vertreterin einer NGO, ein baskischer Gewerkschafter und ich nehmen zusammen mit Edgar Paez daran teil. Das Interesse ist groß, allerdings sind die führenden Zeitungen nicht vertreten.

Am frühen Nachmittag treffen wir wieder im Gewerkschaftshaus ein. Die Gelegenheit zur Aussprache wird erneut von VertreterInnen etlicher kolumbianischer Organisationen genutzt, sich und ihre Anliegen vorzustellen und uns über besondere Gesichtspunkte zu informieren.

Nach einer kleinen Verschnaufpause wird abends der Videofilm über die Karawane präsentiert. Der Entwurf des Abschlussdokuments wird vorgestellt, diskutiert und verabschiedet und dann findet (erstmalig) mit kolumbianischer Verspätung die Abschlussparty statt.

26. Juni 2004 Heimreise

Mein Flug geht am späten Nachmittag, sodass noch Zeit bleibt für einen Besuch im Museo del Oro⁸.

³ CUT = größter kolumbianischer Gewerkschaftsdachverband

⁴ Kolumbianischer Eintopf mit u. a. Huhn, Yucca, Kartoffeln, Kräutern

⁵ 1997 und danach haben sich etliche Gemeinden - vor allem dort, wo Vertriebene leben - zur "Friedensgemeinde" erklärt. Ihre BewohnerInnen appellierten damit an die Sicherheitskräfte und deren paramilitärische Verbündete sowie an bewaffnete Oppositionsgruppen, die Zivilbevölkerung nicht in den Konflikt hineinzuziehen und ihr Recht auf Leben zu respektieren. Mitglieder von Justicia y Paz unterstützen die Friedensgemeinden und PBI-Teams (Peace Brigade International) bemühen sich durch Präsenz, Begleitung und Vermittlung (dazu führen sie regelmäßige Gespräche u. a. mit Behörden und melden z. B. Reisen an) den Spielraum der Friedensgemeinden zu erhöhen und Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen. Aber auch nach Gründung der "Friedensgemeinden" sind EinwohnerInnen vertrieben oder getötet worden. Für den größten Teil der Morde waren von der Armee unterstützte paramilitärische Einheiten verantwortlich, die trotz massiver militärischer Präsenz ungestört operieren können und z.B. Kontrollpunkte einrichten.

⁶ Erstmals 1998 haben kolumbianische Gewerkschafter Klage wegen der Ermordungen und Bedrohungen von GewerkschafterInnen vor der Internationalen Arbeitskonferenz erhoben und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Immer wieder, zuletzt im Juni 2004 wurde dies abgelehnt.

⁷ Schon in Bogota wurden wir auf die katastrophalen Bedingungen in kolumbianischen Gefängnissen aufmerksam gemacht, die völlig überfüllt sind. Die politischen Gefangenen im dortigen Männergefängnis dürfen nur alle paar Monate besucht werden; es gibt eine Besuchskabine, vor der lange Schlangen von Angehörigen warten, bis sie dran sind. Für Besucherinnen gibt es extreme, detaillierte Bekleidungs-vorschriften. Wer falsch angezogen ist, muss entweder wieder gehen, oder gegen Gebühr die genehme Kleidung ausleihen.

⁸ Museum des Goldes, in dem u.a. prä-kolumbianische filigrane Goldarbeiten ausgestellt sind.

Kolumbien, wohin geht Dein Reichtum?

Es ist eine Binsenweisheit der Geschichte, dass gewaltsame Auseinandersetzungen häufig ökonomische Ursachen haben. Dies war vor über 500 Jahren so, als die Spanier Amerika „entdeckten“ und anschließend gnadenlos ausbeuteten⁹ und dies ist heute nach wie vor der Fall.

Kolumbien ist ein unglaublich reiches Land. Nicht nur Gold und die schönsten Smaragde der Welt sind hier zu finden, sondern auch viele andere Bodenschätze wie Steinkohle und vor allem Erdöl. Aufgrund der geologischen Struktur werden riesige bisher unentdeckte Ölressourcen vermutet. Neben dem staatlichen Unternehmen Ecopetrol tummeln sich multinationale Konzerne, allen voran BP-Amoco oder die Occidental Petroleum Company. Das staatliche Unternehmen Ecopetrol deckt nur noch einen kleinen Teil der Erdölproduktion in Kolumbien. Wenige Wochen vor unserem Besuch in Barrancabermeja endete der Streik der kolumbianischen Erdölgewerkschaft USO gegen die geplante Privatisierung der Ecopetrol mit einem nach 18 Monaten vergeblichem Verhandeln fast für unmöglich gehaltenen Erfolg. Das war nur durch den starken Rückhalt in der Bevölkerung und die breite Unterstützung vom Bischof von Barranca bis zu den Universitäten möglich.¹⁰

Erdöl ist seit 1996 das wichtigste Exportprodukt Kolumbiens, größter Abnehmer sind die USA. Das verwundert nicht, liegen die Vorkommen doch mehr oder weniger vor der Haustür der amerikanischen Raffinerien. Harken Energy Corporation in Houston Texas ist eine der Firmen mit den meisten Verträgen in Kolumbien. Interessant ist, dass Harken die Wahlkampagnen von Bush Senior und Junior maßgeblich finanziert hat und Bush ein Aktienpaket dieser Firma besitzt. Da verwundert es nicht weiter, dass die US-Militärhilfe auch dazu dient, die Ausbeutung der Erdölquellen und den Transport zu sichern.

Unter der Überschrift „Plan Colombia“ verkauft Staatspräsident Uribe sein Konzept der „starken Hand“ gegen Terrorismus und Drogenanbau und des „weichen Herzens“ für die Belange der Bevölkerung. Der amerikanische Kongress hat – zur Förderung von Frieden und Demokratie in Kolumbien und zur Bekämpfung des Drogenanbaus - dem Plan Colombia seine Unterstützung zugesagt und seit 1999 für diesen Plan ca. 2 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. 80 Prozent dieser Mittel fließen in die militärische Aufrüstung Kolumbiens.



Die GewerkschafterInnen sehen im Plan Colombia dagegen einen Plan zur Aneignung der Ressourcen Lateinamerikas, betonen den Zusammenhang mit den Plänen für eine gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA (Verhandlungen über binationale Handelsverträge mit Peru, Ecuador, Bolivien, Panama und Kolumbien fanden im Mai 2004 in Cartagena statt) und verweisen auf einen weiteren Plan: den Plan Puebla-Panama. Er beinhaltet im Wesentlichen den Ausbau vielfältiger Verbindungswege, um die ALCA umzusetzen. Darunter befindet sich ein Verbund der Ölleitungen von Panama nach Caño Limón in der außerordentlich erdölreichen Zone des Orinoco-Beckens im kolumbianischen Arauca, weiter nach Coveñas im Norden Kolumbiens und wieder nach Panama und von dort nach Texas.

Die im erdölreichen Department Arauca gelegene 40.000 EinwohnerInnen-Kommune Saravena wurde zur militarisiertesten Stadt Kolumbiens. In der Region ist die Guerilla stark präsent. Der Schutz der Erdölanlagen hat neben dem Drogenkrieg Priorität in Kolumbien. Militär und Paramilitär arbeiten Hand in Hand, wenn es darum geht, die Bevölkerung zu terrorisieren, die Guerilla zu bekämpfen oder auch die UreinwohnerInnen Kolumbiens, in diesem Fall die U'wa-Indigenas, unter Druck zu setzen, zu vertreiben oder auch zu ermorden.

„Fast 100 Führer sozialer Organisationen Araucas sind seit 2003 verhaftet worden“ wurde Rechtsanwalt Juan Carlos Torregroza von der regionalen Menschenrechtskommission Joel Sierra im Oktober 2003 im Freitag zitiert. „Allein in der Gemeinde Tame hat die Armee 500 Leute erschossen. Die Streitkräfte ziehen sich hier je nach Bedarf Armbinden der Paramilitärs über ihre Montur



oder sie fliegen Kontrakt-Killer aus Medellin ein – von diesen Todesschwadronen werden die meisten Morde begangen. Die Armee weiß davon, wenn sie nicht selbst beteiligt ist.“

Die Auseinandersetzungen in den Krisenregionen Kolumbiens ähneln sich, auch wenn es um verschiedene Ressourcen geht. Neben den Bodenschätzen hat Kolumbien auch wertvolle Naturgüter zu bieten. Es gilt als eins der arten- und wasserreichsten Länder. Der Urwald hat eine außergewöhnliche Biodiversität, drei der größten Flüsse der Welt fließen durch Kolumbien. So werden Flüsse, Trinkwasser und Biomasse zum Ausgangspunkt neuer Megaprojekte und Auseinandersetzungen. Wasserwerke werden privatisiert und das Wasser anschließend ins Ausland z.B. nach Japan verkauft. Soziale Bewegungen und Organisationen, die Widerstand organisieren, eigene Interessen formulieren und die Einhaltung nationaler und internationaler Standards fordern, geraten massiv unter Druck. Die Gewerkschaften belegen mit Karten, dass die Regionen mit den heftigsten gewaltsamen Konflikten und der größten

Präsenz von Militär und vor allem Paramilitär deckungsgleich sind mit dem Vorhandensein bzw. dem Abbau wertvoller Bodenschätze und der Durchsetzung von Megaprojekten. Ein solches Megaprojekt ist die z.B. die „Panamerika“, eine gigantische Straße, die quer durch das Urwaldgebiet des Chocó und über Antioquia und Santander hinweg nach Venezuela und zum Atlantik führen soll und für weitere Vertreibungen und Verlust von Urwald und Land verantwortlich wäre. Wer im Weg ist – ob Kleinbauern, Angehörige eines indigenen Volkes oder der Guerilla – müssen weg.

In vielen Gebieten Kolumbiens wurden tausende Kleinbauern und Bäuerinnen von ihrem Land vertrieben, sie mussten Platz machen für den Anbau der afrikanischen Öl-Palme. Große ökologisch problematische Öl-Palmen-Monokulturen entstehen, die Rohstoffe für die Margarine-Waschmittel- und Kosmetikindustrie liefern. Auf diese Weise geht immer mehr Land für den Anbau von Nahrungsmitteln zur Versorgung der Bevölkerung verloren. Viele dieser Gebiete, in denen die Palma Africana angebaut wird, werden von

den Paramilitärs beherrscht. Weitere wichtige Argar-Exportprodukte sind Schnittblumen, Bananen und andere Südfrüchte und – stark rückläufig – Kaffee.

Von all diesen Reichtümern des Landes hat die Durchschnittsbevölkerung wenig bis nichts. 66 Prozent

der Bevölkerung leben in Armut, 20 Prozent in absolutem Elend. Versorgte sich Kolumbien 1990 noch selbst mit Nahrungsmitteln, muss heute der größte Teil der Nahrung importiert werden. Die Regierung schützt nicht die Bevölkerung vor Gewalt und Vertreibung, sie sichert nicht deren Versorgung, sondern sie

schützt, gestützt auf internationale Militärpräsenz – allein 19 Militärbasen mit US-Beteiligung – die Durchsetzung internationaler Abkommen und großer Infrastrukturprojekte sowie die Ausbeutung wertvoller Ressourcen zugunsten multinationaler Konzerne.



⁹ Der Unwegsbarkeit des Landes ist es zu verdanken, dass die Spanier nicht des gesamten Goldes der Völker Kolumbiens habhaft werden konnten, sodass heute noch faszinierende Schmuckstücke und andere Objekte im Museo del Oro in Bogotá bestaunt werden können.

¹⁰ Über die Wiedereinstellung von 170 der insgesamt 248 Entlassenen (einige wurden schon wieder eingestellt, andere erhielten ihre Rentenansprüche und konnten ausscheiden) wurde noch verhandelt.

¹¹ Die Gewerkschaft der Palmanbauer berichtete uns, dass in Puerto Wilches am Magdalena von Januar bis Juni 2004 bereits 16 Gewerkschaftsführer durch Paramilitärs ermordet wurden. In Veröffentlichungen gibt es Hinweise, wonach in dieser Region im Palmanbau tätige Gewerkschafter Opfer der Guerillas geworden sind. Auf unserer Reise kam dies nicht zur Sprache. Allerdings wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung, bei bewaffneten Auseinandersetzungen der (Para-)Militärs mit der Guerilla zwischen die Fronten gerät oder als Schutzschild missbraucht wird.

Bedrohung der Gewerkschafter/Innen mit allen Mitteln

BERICHTE DER ESCUELA NACIONAL SINDICAL UND DER SINTRAUNICOL

Die kolumbianische Regierung weist bei besorgten Nachfragen aus dem Ausland immer wieder darauf hin, dass die Morde an GewerkschafterInnen zurückgegangen seien. Den Fakt als solchen bestreiten auch die kolumbianischen Gewerkschaften nicht. Aber der Rückgang der Ermordungen um einen gewissen Prozentsatz kann keinesfalls als Beruhigung dienen. Viele, vor allem kleinere Gewerkschaften sind bereits ausgelöscht. Zunehmend sind die SpitzenfunktionärInnen von Ermordung betroffen oder sie verschwinden spurlos, sodass etliche Gewerkschaften nicht mehr handlungsfähig sind. Parallel dazu werden die Mitglieder unter Druck gesetzt. Ein Vertreter der Nahrungsgewerkschaft Sinaltrainal in Bucaramanga verdeutlichte die Bedrohung und ging immer wieder auf das besonders krasse Beispiel Coca-Cola ein:

- 19 GewerkschafterInnen wurden ermordet (acht davon bei Coca-Cola),

- drei Familienangehörige eines bei Coca-Cola beschäftigten Gewerkschafters wurden ermordet (der Letzte im 1. Hj. 2004); auch hier fand keine Strafverfolgung statt,
- 67 GewerkschafterInnen mussten fliehen, Paramilitärs hatten sie bedroht und gaben ihnen 24 Stunden, um das Land zu verlassen,
- die gesamte nationale Führungsebene von Sinatrainal ist bedroht, sie werden als Terroristen diffamiert,
- 27 Gewerkschafter waren zeitweise im Gefängnis, von Coca-Cola als Terroristen verleumdet,
- über 5.000 Beschäftigte wurden unrechtmäßig entlassen; teilweise wurde ihnen bei einem Hausbesuch ein Wiedereinstellungsangebot gemacht, unter der Bedingung, dass sie innerhalb weniger Stunden aus der Gewerkschaft austreten,



- MitarbeiterInnen wurden auf dem Werksge­lände von Paramilitärs unter Druck gesetzt, aus der Gewerkschaft auszutreten,
- es wird permanent gegen Gesetze und Tarifverträge verstoßen; beispielsweise gibt es nur noch befristete Beschäftigungsverhältnisse von sechs Tagen bei einem 14-Stunden-Tag,
- im Werk hat Coca-Cola jede Kommunikation mit GewerkschafterInnen verboten.

„Wenn das rechtlich Unmögliche politisch möglich wird“

Berichte der ESCUELA NACIONAL SINDICAL – Nationale Gewerkschaftsschule aus 2003 und 2004 (zusammenfassende Übersetzung)

Der Bericht 2003 konstatiert zunächst, dass in den letzten 12 Jahren 2.028 GewerkschafterInnen ermordet wurden. Die meisten Menschenrechtsverletzungen an GewerkschafterInnen sind an Arbeitskonflikte gebunden (Streiks, kollektive Verhandlungen und die Gründung von Gewerkschaften), geschehen im Kontext des Krieges und werden in den meisten Fällen durch Kriegerakteure begangen.

Die Jahre zwischen 1991 und 1995 waren gekennzeichnet durch den Krieg gegen die Landbevölkerung, besonders die LandarbeiterInnen in der Bananenzone Urabá, die zu der Gewerkschaft Sintrainagro gehörten.

Das Jahr 1996 stand besonders unter dem Schatten der Morde und Massaker an den kolumbianischen ArbeiterInnen. Konkret wurden 284 GewerkschafterInnen im ganzen Land umgebracht, 105 in der Bananenregion Urabá als Konsequenz der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen ELN¹² und Autodefensas¹³.

In der Periode zwischen 1998 und 2000 fanden vor allem Menschenrechtsverletzungen durch Einschüchterungen, Bedrohungen und Morde von hohen GewerkschaftsfunktionärInnen statt. Der landesweite Streik vom 7. bis 26. Oktober 1998 hatte 9 Morde an Gewerkschaftern zur Folge und noch stärkere Repression gegen die ArbeiterInnen.

Im Jahre 2003 wurden 90 GewerkschafterInnen ermordet, 295 wurden mit dem Tode bedroht, 6 wurden ge-

waltsam zum Verschwinden gebracht und 6 gekidnappt, 42 gefangen genommen und 55 Fälle von Gewalt gegen Gewerkschaftsführer und ihre Familien wurden registriert.

Dem muss hinzugefügt werden, dass ab 2002 die Gewalt gegen gewerkschaftlich organisierte Frauen erschreckend zunahm. 2003 werden 194 gewaltsame Übergriffe bekannt, darunter 104 Todesdrohungen, 27 Morde, 42 Vertreibungen, 8 Verhaftungen, 8 Körperverletzungen, 2 Entführungen und 2 Hausdurchsuchungen. Die gegen die Frauen gerichtete Gewalt hat eine starke soziokulturelle Bedeutung. Ihre soziale Rolle als Mutter macht sie nicht nur für ihr eigenes Leben verantwortlich, sondern hat Einfluss auf die gesamte Familie, so dass die Integrität und das Wohlergehen der Kinder von ihr abhängig sind. Indem sie angegriffen und verletzt wird, wird die gesamte Familie betroffen. Die meisten ermordeten Frauen gehörten dem Sektor der Lehrberufe an. In fast allen Fällen wurden sie vor ZeugInnen erniedrigt und ermordet: Kindern, NachbarInnen, Familienangehörigen. Die vermittelte Botschaft war eindeutig, grausam und direkt erfahrbar für die Bevölkerung.

Die meisten Gewerkschaftsopfer waren Mitglieder der CUT. Durch die Zahlenvergleiche der verschiedenen Jahre kann festgestellt werden, dass unter der Regierung Uribe im Kontext seiner Kriegsstrategie die Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Nötigungen durch Streitkräfte und Polizei anstiegen. Die augenblickliche Regierungspolitik gegenüber den Gewerkschaften von Telecom, Ecopetrol und den Sozialversicherungen beweist diese Kriegsstrategie. Wie die große Tageszeitung El Tiempo in ihrem Editorial vom 1. Mai 2003 schreibt, falle es dem Staat leichter, mit den bewaff-

neten Gruppen zu verhandeln als mit den legitimen Arbeitsorganisationen und er neige dazu, die sozialen Proteste zu kriminalisieren.

Empfehlungen der ENS:

„Wie in den Vorjahren bestehen wir auf der Notwendigkeit von eindeutigen Aktionen seitens des kolumbianischen Staates, der Menschenrechts- und internationalen Gewerkschaftsbewegung, um das Leben, die Integrität der Menschen- und Arbeitsrechte der Arbeiter zu schützen. Aus diesem Grunde wagen wir auf folgendem zu bestehen:

- Einrichtung einer permanenten Mission im Lande zur Beobachtung und Begleitung der kolumbianischen Gewerkschaften bestehend aus Konföderationen und internationalen Sekretariaten in der Form eines gewerkschaftlichen internationalen Protektorates über Kolumbien.
- Begleitung des technischen Kooperationsprogramms der ILO für Kolumbien durch eine permanente Mission mit einem weiten Mandat, das öffentliche Erklärungen und Überwachung der Erfüllung der Empfehlungen des Kontrollorgans und des Beraterteams ermöglicht.
- Einrichtung einer Untersuchungskommission für Kolumbien.
- Einrichtung einer Überwachungsinstanz zur Erfüllung der ILO-Auflagen.“

Der Bericht 2004 konstatiert, dass in den ersten 4 Monaten des Jahres 20 GewerkschafterInnen ermordet, 2 entführt, 2 verhaftet wurden, 143 Todesdrohungen erhielten und

2 Hausdurchsuchungen erlitten. Gleichzeitig mit den Arbeitskämpfen verschärfte sich die Situation der Bedrohung für alle GewerkschafterInnen und ihre Familien. Eine Regierungspolitik der Unterdrückung von Gewerkschaften, deren Aktivitäten als strafbar und illegal gebrandmarkt werden, wird immer sichtbarer. Eine diskriminierende, selektive und kalkulierte Gewalt richtet sich besonders gegen die Gewerkschaftsführer. Dies belegt die folgende Auflistung ermordeter Gewerkschaftsführer eindeutig:

Carlos Alberto Chicaiza , SINTRAEM-SIRVA, am 15.4.2004 – Calima, Valle del Cauca

Carlos Raúl Ospina, SINTRAEMSEDES, 24.2.2004 -Tuluá

Alvaro Granados Rativa, SUTIMAC, 8.2.2004 - Bogotá

Luis José Torres Pérez. ANTHOC, 4.3.2004 - Barranquilla

César Julio García. ASEIMPEC, 13.3.2004 - Cartago

Ricardo Barragan Ortega, SINTRAEM-CALI, 17.1.2004 – Cali.

Der am stärksten bedrohte Sektor sind die öffentlichen Dienste, zu denen die ArbeiterInnen aus staatlichen Betrieben, der Gesundheitssektor, der Bausektor, die Angestellten des Justizwesens und die LehrerInnen gehören. Die LehrerInnengewerkschaft gehört traditionell zu

den durch Paramilitärs und Guerilla besonders bedrohten Organisationen.

In Kolumbien ist die existenzielle Krise der Gewerkschaften nicht nur die Konsequenz der systematischen Verletzungen des Rechts auf Leben und der Integrität der ArbeiterInnen durch die illegalen bewaffneten Gruppen, sondern wird auch verursacht durch die Militärs, deren Gewaltaktionen vor dem Hintergrund einer historischen Antigewerkschaftskultur eine Rechtfertigung erfahren. Die direkte und selektive Gewalt ist das politische Instrument, das dazu benutzt wird, eine Politik der Schwächung und der Beseitigung der gewerkschaftlichen Tätigkeit in Kolumbien weiter zu führen.

Bericht der SINTRAUNICOL – Gewerkschaft der Angestellten, Studenten und des Lehrkörpers der Universitäten Kolumbiens – in Bucaramanga

„Die dramatische Krise, die das Land erschüttert, verschont auch den Universitätssektor nicht vor Menschenrechtsverletzungen. Der Campus einiger wichtiger Universitäten hat sich in ein Szenario der Konfrontation zwischen den Kriegsparteien verwandelt, dazwischen befinden sich ungeschützt viele Angestellte, StudentInnen und ProfessorInnen.

Auch die Hochschulziehung ist Teil der neoliberalen Entwicklung geworden. Die Akademie wird be-

nutzt für die Stärkung des Marktes und nicht des menschlichen Wesens. Das Nationalbudget wird immer mehr reduziert; nicht die ForscherInnen und AkademikerInnen entscheiden über die Zukunft der Universitäten, sondern der IWF. Inzwischen sind bereits einige Hochschulen aufgrund der Mittelreduzierung geschlossen worden. Die Zulassungszahl der StudentInnen wird gekürzt und die Militärausgaben werden vermehrt. Die Anwendung des neoliberalen Modells bringt den Rückzug des Staates mit sich, die Entlassung von Angestellten und ProfessorInnen und die PRIVATISIERUNG DES ÖFFENTLICHEN ERZIEHUNGSWESENS.

Während der letzten Jahre sind wir ZeugInnen geworden, dass Beschäftigte, StudentInnen und ProfessorInnen der Industriellen Universität von Santander bedroht, verhaftet und ermordet wurden. Die Regierung hat alles daran gesetzt, die Autonomie der Universitäten zu verletzen, gerechten Protest zu unterdrücken und die freie Lehre unmöglich zu machen. Besonders die Geschehnisse der Jahre 2002 und 2003 zeigen den autoritären Charakter der Regierung, ihre Politik der Konfrontation und Unterdrückung.“

Es folgt die Aufzählung der einzelnen Personen, die bedroht, ermordet und verschwunden sind: allein 14 Personen im Jahre 2004.

¹² ELN = Ejército de Liberación Nacional, zweitgrößte kolumbianische Guerillaorganisation

¹³ Autodefensas Unidas de Colombia = AUC, große paramilitärische Organisation Kolumbiens

Zwei Tage in Cali

von H.P. Schmutz¹⁴
Gewerkschaft Bau und
Industrie (GBI), Bern



In Cali nimmt unsere Delegation am ersten Tag an einer Veranstaltung an der Universität „Santiago de Cali“ teil. Einer der Organisatoren erzählte beiläufig, dass diese vor etlichen Jahren durch Gelder des Drogenhandels finanziert wurde...

Um die zwanzig Vertreterinnen und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Frauenorganisationen heißen uns herzlich willkommen und orientieren uns über die politisch und ökonomisch schwierige Situation in dieser Region. Zusammen mit der äußerst brutalen Repression durch staatliche und parastaatliche Organe ist die Arbeit der sozialen Organisationen extrem gefährlich geworden. Leider wird uns auch berichtet, dass die soziale Bewegung sehr heterogen ist und dass einige Organisationen recht sektiererisch sind.

Das Militär und die Paramilitärs machen den sozialen Organisationen direkt und indirekt das Leben schwer. Den meisten Vortragenden sieht man es an, dass ihnen die Repression der Regierung Uribe schwer zu schaffen macht. An dieser Stelle sei nur auf ein Beispiel eingegangen.

So erzählt ein Universitätsdozent, dass sich seit vier Jahren fremde Spitzel in Schulen einschleusen, zum Beispiel als Gärtner oder als Straßenverkäufer. Dies mit dem Ziel, Informationen über Lehrerinnen und Lehrer zu sammeln. Die Lehrerschaft wird zum Teil direkt angefragt, ob sie nicht zur Mitarbeit als Informant bzw. Informantin bereit wären. Es ist sogar vorgekommen, dass Paramilitärs die Schullokalitäten besetzten und mitbenutzten!

Wir als Mitglieder der Internationalen Delegation können uns eine solche Situation nur sehr schwer vorstellen:

Um zu ihrem Schulzimmer zu gelangen müssen kleine Kinder den gleichen Korridor benutzen wie die schwerbewaffneten Paramilitärs!

Am zweiten Tag lernen wir verschiedene Stadtteile von Cali kennen, das geplante Treffen mit dem Gouverneur Angelino Garzón kommt leider nicht zustande. Dies ist sehr schade, ist dieser doch ein Politiker, welche gegenüber den sozialen Organisationen ein offenes Ohr hat.

Nach einer Fahrt durch die wohlhabenderen Viertel, machen wir Halt im Distrikt Aguablanca, übersetzt auf Deutsch heißt dies „Weißes Wasser“. Der Name ist angesichts der fehlenden Kanalisation alles andere als angebracht. Wir werden in einem, von einer amerikanischen christlichen Organisation, finanzierten Haus herzlich empfangen. Nach einer kulturellen Darbietung erfahren wir, dass 95 Prozent der Bevölkerung hier in Armut leben. Um die 12.000 Familien leben seit 20 Jahren in diesem sehr dicht besiedelten Viertel, sie wurden von Gebieten an der Küste vertrieben. Man - wir konnten uns anlässlich einem Spaziergang durch einen Teil des Quartiers selber ein Bild machen - stelle sich vor, was dies heißt, so eine lange Zeit auf engstem Raum, ohne Kanalisation und ohne eine adäquate Gesundheitsversorgung zu (über-)leben.

Die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Distrikts werden auch aufgrund ihrer Herkunft massiv diskriminiert. Sucht eine Person von hier eine Arbeit und sagt sie dem möglichen Arbeitgeber auch wo sie wohnt, so ist dies bereits ein Grund, die Stelle nicht zu erhalten.

Es wird uns auch erzählt, dass die Bevölkerung, insbesondere die verantwortlichen Personen der sozialen

Organisationen häufig durch paramilitärische Gruppen bedroht und auch ermordet werden. Das Verfassen von Anzeigen oder Briefe an die Regierung nützen jedoch praktisch nie etwas. Uns bleibt am Schluss die Frage: Wie schafft es die Bevölkerung angesichts dieser Verhältnisse weiterhin für ihre Rechte zu

kämpfen und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht zu verlieren? Diese bewundernswerte Haltung der angetroffenen Bewohnerinnen und Bewohner kann für uns nur ein Vorbild sein.

Doch was können wir tun? Sicher ist es wichtig, die unsoziale und

repressive Politik der Regierung von Álvaro Uribe Velez zu verurteilen und zu versuchen, in unseren Heimatländer Kampagnen gegen Uribe zu lancieren und zu unterstützen. Der kolumbianische Präsident muss international stärker unter Druck geraten und isoliert werden.

Politik von Nestlé in Kolumbien: ungenießbar

von H.P. Schmutz

Der schweizerische Lebens- und Genussmittelkonzern Nestlé gibt sich gerne modern und aufgeschlossen. So wird doch in den Unternehmensgrundsätzen viel von Verantwortung geschrieben, zudem wird, immer gemäß Nestlé, Wert auf eine soziale Entwicklung gelegt. Doch die Fakten sehen anders aus.

Mitarbeitende von Nestlé-Fabriken berichten, dass es viele Probleme gebe oder gegeben habe im Zusammenhang mit dem Umweltschutz, mit massiv verunreinigten Nestlé-Produkten sowie insbesondere mit Repression und Gewalt.

Zahlreiche Mitarbeitende von Nestlé in Kolumbien sind bedroht oder ermordet worden. Einer dieser bedrohten Gewerkschafter, Onofre Esquivel, hat uns über seine Erfahrungen erzählt. Im Oktober 2003 hat er an seinem Arbeitsort, einer Nestlé Fabrik in Bugalagrande in seinem Schließfach Nr. 130 eine Notiz gefunden. Darin stand unter anderem, dass er und zwei seiner Kollegen als politisches Ziel der Paramilitärs deklariert wurden. Die Aufgabe dieser politischen und bewaffneten Organisation sei es, Kolumbien sauber zu halten und zu schützen. Wenn solche Personen weiterhin in ihrer Oppositionsrolle verblieben, wissen sie, was passieren werde.

Dieses Vorkommnis zeigt deutlich, dass sich paramilitärische Kräfte in der Nestlé Fabrik aufhalten.

Onofre erzählt uns auch vom massiven Abbau der Gesundheitsvorsorge in seiner Fabrik und von der Politik Nestlés, anstelle von Festangestellten billigere Temporärkräfte zu beschäftigen. Nestlé sei sehr aggressiv gegenüber den gewerkschaftlich organisierten Angestellten und alles deute darauf hin, dass die Gesamtarbeitsverträge (Tarifverträge) zerstört werden sollen. Viele Probleme, insbesondere gesundheitlicher Art, gebe es wegen der grossen Arbeitsintensität. Sehr beunruhigt ist er auch über das Aufkreuzen von Autos mit getönten Scheiben in der Nähe seines Hauses, einmal haben unbekannte Personen - offensichtlich Paramilitärs - das Haus von Onofre besucht und nach ihm gefragt.

Die Politik von Nestlé richtet sich - auch in andern Fabriken in Kolumbien - eindeutig gegen die Gewerkschaft. Dies mit Maßnahmen, welche sich die Multinationale Unternehmung mit Sitz in der Schweiz in Europa nie und nimmer leisten könnte. Denunzieren wir hier in Europa die skandalöse Politik der Firma Nestlé in Kolumbien! Auf dass immer mehr Leute die doppelbödigkeit dieser Firma erkennen und den schönen Worten in den Unternehmensgrundsätzen misstrauen.

¹⁴ Hans-Peter Schmutz, Geschäftsleitungsmitglied der Sektion Bern der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), ein Teilnehmer der Karawane aus der Schweiz hat mit einer Delegation Cali besucht und mit Beschäftigten von Nestlé und Gewerkschaftsvertretern gesprochen. In den beiden nachfolgenden Beiträgen beschreibt er seine Erfahrungen.

Zeugnisse von Angehörigen ermordeter Gewerkschafter

ZUSAMMENFASSUNG MÜNDLICHER UND SCHRIFTLICHER PERSÖNLICHER BERICHTE

Im Rahmen der Veranstaltung im Gewerkschaftshaus in Barrancabermeja schildern uns Angehörige von Ermordeten, wie sie die Situation erlebt haben. Einige übergeben uns auch sehr persönliche Berichte. Diese Zeugnisse werden hier auszugsweise wiedergegeben.

Die **Ehefrau von Alexander** trägt vor, dass sie gerade ihr zweites Kind bekommen hatte, als ihr Mann abends noch einmal kurz wegging, um sich mit Freunden zu treffen. Er kam nicht mehr zurück. Die Freunde berichteten, sie wären in einer Kneipe gewesen, als Männer mit einer Namensliste ihren Mann gezielt herausgesucht und in einem Kleintransporter mitgenommen hätten. Die Polizei wollte nichts unternehmen. So hat die Frau selbst überall nachgeforscht. Die Leiche ihres Mannes wurde schließlich gefunden. Er war gefoltert und gevierteilt worden. Vorher hatten sie ihn mit einem „Gnadenschuss“ getötet.

Eine andere Frau berichtet, ihr Mann sei von der Beerdigung eines

Freundes nicht mehr zurückgekommen. Ihre Anzeige wurde nicht aufgenommen. Die Polizei gab ihr nur den Rat, das Suchen besser einzustellen, sonst sei sie die Nächste. Sie ließ nicht locker und suchte weiter. Schließlich stellte sie einen ehemaligen Studienkollegen ihres Mannes zur Rede, der bei den Paramilitärs ist. Er gab schließlich zu, dass sie ihren Mann umgebracht hätten, weil er angeblich Unterstützer der Guerilla gewesen sei.

Eine weitere Frau berichtet, dass ihr Mann Lehrer war und sich sehr für die Jugend eingesetzt hat, ohne politisch aktiv zu sein. Er fühlte sich über Wochen verfolgt. Eines Nachts klingelte es an ihrer Tür. Ihr Mann stand auf, öffnete und wurde sofort erschossen.

Die nächste Frau trägt vor, dass sie friedlich Ostern feiern wollten und deshalb von Barranca weggefahren wären zu ihrer Mutter. Vor dem Haus ihrer Mutter wurde ihr Mann und der kleine Neffen aus einem vorbeifahrenden Auto erschossen.

Nachfolgende Berichte wurden uns schriftlich ausgehändigt:

Maria Eugenia Castillo B.: Ich möchte hiermit von den schrecklichen Ereignissen am 7. August 1998 auf dem Platz in der Nähe meines Hauses im Nordosten von Barrancabermeja und im Viertel Miraflores berichten. An diesen beiden Orten wurden meine Zwillingssöhne, Melurn Alvarado Castillo und Alvin Alvarado Castillo, 15 Jahre alt von einer bewaffneten Gruppe der ELN¹⁵ ermordet. Meine Söhne waren Kinder eines Erdölarbeiters. Sie wurden durch die ELN ermordet, weil sie sich der gewaltsamen Rekrutierung verweigerten. ... Den ersten Sohn haben sie um 7 Uhr abends in der Nähe meines Hauses ermordet. Sie kamen maskiert in einem Taxi, mein Junge rannte fort und wollte sich wehren. Sie schossen ihn einfach nieder. Als der Zwilling Bruder die Schüsse hörte, rannte er herbei. Sie fingen ihn, warfen ihn in das Taxi und fuhren ihn zum Viertel Miraflores, und dort fand ich ihn ermordet.

Ofelia Montoya de Cardenas – Witwe von Tarcisio Cardenas Diaz: Mit diesem Schreiben erhebe ich Anklage vor diesem Internationalen Tribunal für Menschenrechte wegen des gewaltsamen Verschwindenlassens meines Ehemannes Tarcisio Cárdenas Díaz. Sie haben ihn am 12....2001 mitgenommen. Sie haben mit ihm gestritten, denn er war Sozialarbeiter und Gewerkschafter in der USTRAPETROL und war während der Jahre 1992 bis 1995 Präsident und arbeitete für die Menschenrechte in dieser Stadt. Seit dem Verschwinden meines Mannes ist mein Leben ein Leidensweg, denn ich habe sechs Kinder, von denen zwei minderjährig sind. Ich muss für sie Vater und Mutter sein mit all den Schwierigkeiten, die Sie sich sicher vorstellen können. Ich danke Ihnen für alles, was Sie tun können, um diese Situation des gewaltsamen Verschwindens meines Mannes aufzuklären. Möge Gott Sie segnen.

¹⁵ ELN = Ejército de Liberación Nacional; zweitgrößte kolumbianische Guerillaorganisation; von anderer Seite wurde angezweifelt, dass die Guerilla für die Ermordung zuständig war.

Verschwunden für immer

NACH INFORMATIONEN VON
ASFADDES, VEREINIGUNG DER
FAMILIENANGEHÖRIGEN DER
VERSCHWUNDENEN

Das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen gehört zur brutalen Geschichte Kolumbiens. Zwischen 1994 und 2002 wurden 5372 Opfer des gewaltsamen Verschwindenlassens in Kolumbien registriert. Viele werden aus Angst nicht gemeldet. Fast alle Fälle blieben unaufgeklärt und ohne Strafverfolgung. Die Täter sind oft bekannt, die meisten aus den Reihen der Paramilitärs und Militärs. Auch heute noch verschwinden täglich offiziell vier bis fünf Personen. Meist sind die Opfer engagierte Bauernführer, Indigene, GewerkschafterInnen, MenschenrechtlerInnen, aber auch viele „kleine Leute“, die sich dem Staatsterror widersetzen und sich für das Recht des Menschen auf Leben in Würde und Freiheit einsetzen. In den 80er Jahren waren nur 2 -3 Prozent der Verschwundenen Frauen; mittlerweile sind Frauen stärker in den Bewegungen vertreten und ihr Anteil an den Verschwundenen ist deutlich größer geworden.

Es kann zwischen zwei Arten des Verschwindenlassens¹⁶ unterschieden werden. In den meisten Fällen geht jemand aus dem Haus und kommt nicht wieder. In etwa 10 Prozent der Fälle wird jemand gefangen genommen und verschwindet danach. In manchen Fällen gibt es Hinweise von ZeugInnen, sodass die Leichen mit Folterspuren oder bei Frauen mit Vergewaltigungsspuren gefunden werden. Sehr selten tauchen Verschwundene wieder auf. Die Frauen von ASFADDES kennen Opfer, denen es gelungen ist zu fliehen. Ein Betroffener - ein Student - ist aufgrund der massiven Folter nach wie vor geistig stark gestört.

1982 entstand ASFADDES¹⁷. Die Organisation ist Mitglied in der Lateinamerikanischen Föderation der Familienangehörigen Verschwundener - FEDEFAM. Ihre

Arbeit wird von internationalen Hilfsorganisationen wie Misereor und Brot für die Welt unterstützt. Sie hat neben ihrer Zentrale in Bogotá Regionalbüros in Medellín, Neiva und Popayán. Weitere Filialen in Barrancabermeja, Barranquilla, Ocaña, Monterío und Cali musste sie schließen aufgrund von Bedrohung und Ermordung ihrer Mitglieder.

Wesentliche Aufgaben von ASFADDES sind Hilfe bei der Suche nach den Opfern des Verschwindenlassens und die Unterstützung der Angehörigen. Neben der Bewältigung der Alltagsprobleme, die durch das Verschwinden eines nahen Angehörigen entstehen, sind die Traumata aufgrund der bleibenden Ungewissheit oft sehr schwer zu verarbeiten. Aber die Arbeit von ASFADDES beschränkt sich nicht auf die Unterstützung der Angehörigen, sondern sie klagt auch an vor staatlichen und internationalen Gerichtshöfen und Behörden und kämpft darum, dass das gewaltsame Verschwindenlassen weltweit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt und geahndet wird. ASFADDES beklagt massiv die 100-prozentige Straflosigkeit der Fälle. Für August 2004¹⁸ planten sie eine große landesweite Konferenz, auf der viele Angehörige ihre Verschwundenen bekannt geben konnten. Mit dieser Konferenz sollte auch gegen die Straflosigkeit, das Desinteresse des Staates und die von Uribe geplante Amnestie für die Paramilitärs protestiert werden. Diese Amnestie würde bedeuten, dass alle Täter straflos ausgehen.

Gladys Avila berichtete uns über ihren Besuch in Santa Marta an der karibischen Küste und in der Sierra Nevada, wo sie mit einer Gruppe von Familienangehörigen von Verschwundenen zusammentraf, um sie zu beraten.

Gerade auch im Gebiet der Kankuanos, Indigene in der Sierra Nevada, werden immer mehr Menschen vertrieben oder verschwinden auf gewaltsame Weise. Angehörige der Kankuanos berichteten, dass Regierungsvertreter gesagt hätten, sie wollten sie dort weg haben.

ASFADDES sieht im Wesentlichen wirtschaftliche Gründe für das Verschwindenlassen.

Es geschieht im ganzen Land; aber es gibt Schwerpunkte. Sie haben analysiert, dass die Regionen, in denen die meisten Menschen ver-

schwinden, deckungsgleich sind mit Ressourcenreichtum (Öl, Gold, Smaragde, Salz, Kohle, Früchte, Holz, Wasser), hohem Export bzw. Planungen im Interesse der Multis und mit hoher Präsenz von Militär und Paramilitär.



Christina Klissenbauer (li.) und Marianne Hürten (2. v. re.) und drei Frauen von ASFADDES

¹⁶ Vom Verschwindenlassen sind Entführungen klar zu unterscheiden. Letztere haben meist kriminelle, ökonomische oder politische Gründe. Die Angehörigen wissen i. d. R. wer, warum, wohin ihre Verwandten verschleppt hat. Für viele Entführungen sind die Guerilla verantwortlich. Z.T. zwangsrekrutieren sie so Nachwuchs, verlangen Lösegeld oder bieten die Entführten im Austausch für inhaftierte Guerilleros an. Anfang September 2004 entführte die FARC fünf führende Persönlichkeiten der Pael, ein indigenes Volk in Kaketa. Der Indianerrat entsandte eine Delegation, die die Guerillas im Urwald aufsuchte. Durch Verhandlungen haben sie erreicht, dass alle fünf am 8.9.04 unbeschadet wieder freigelassen wurden.

¹⁷ASFADDES = Asociación de Familiares de Detenidos – Desaparecidos = Vereinigung der Familienangehörigen der Verschwundenen

¹⁸ Im September erfahren wir, dass diese Konferenz nicht friedlich abgehalten werden konnte, sondern TeilnehmerInnen Übergriffen und Bedrohungen ausgesetzt waren.

Vertrieben im eigenen Land

PROBLEMATIK DER MASSIVEN INLANDSVERTREIBUNGEN KOLUMBIENS

Das INS (Instituto Nacional Sindical – nationales gewerkschaftliches Forschungsinstitut) geht von 3,7 Millionen Vertriebenen - 75 Prozent davon Frauen und Kinder - in Kolumbien aus. Bei einer Bevölkerung von 42,3 Millionen sind es fast 9 Prozent der KolumbianerInnen, die im eigenen Land gewaltsam gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen. Dabei muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Viele melden sich nicht bei der staatlichen Flüchtlingshilfe und verzichten auf die Chance für ein paar Monate einen Notgroschen zu erhalten. Sie haben Angst, dass die Paramilitärs die Listen in die Hand bekommen und die Verfolgung weitergeht.

Die Angst ist berechtigt. Ein Vertreter der Kankuanos¹⁹ berichtete uns, dass die Verbrechen an seinem Volk nur fünf Minuten entfernt von der Militärstation begangen wurden, ohne dass die Militärs eingegriffen hätten. Auch Beschwerden beim

Ombudsmann waren erfolglos. Mit allen Mitteln werden die Kankuanos bedroht. Über 70 wurden 2002 und 2003 getötet, weitere Ermordungen – von denen oft die Führer betroffen sind – fanden dieses Jahr statt. 300 Familien wurden vertrieben. Stammesangehörige gibt es noch etwa 13.000, von denen im Stammesgebiet in der Sierra Nevada nur noch rund 5.000 leben. Es ist offensichtlich: Dieser Stamm soll verschwinden, da sein Land im Geschäft der Regierung mit multinationalen Unternehmen von größerem Interesse ist.

Der Grund dieser Vertreibung ist wie in den meisten Fällen das Interesse an ungehinderter Ausbeutung der Bodenschätze, Ansiedlung von multinationalen Unternehmen, Realisierung von Megaprojekten oder dem großflächigen Anbau von Monokulturen. In selteneren Fällen gibt es „politische“ Gründe für die Vertreibung; ein Dorf ist im Krieg gegen



die Guerilla im Weg oder es wird der Bevölkerung unterstellt, dass sie die Guerilla unterstützt. Natürlich macht sich die Regierung die Hände nicht direkt schmutzig. Nur selten wird dem Militär die Vertreibung angelastet. In der Regel sind es die Paramilitärs, die von Militär, Polizei und Regierung stillschweigend gebilligt, Menschen aus ihren Häusern, von ihren Grundstücken, aus ihren Dörfern vertreiben. Aber es gibt auch Siedlungen, deren BewohnerInnen von den Guerillas vertrieben wurden, weil sie der Kooperation mit den Paramilitärs verdächtigt wurden oder aus strategischen Gründen.

Immer wieder kommt es vor, dass Menschen mehrfach vertrieben werden. So musste wenige Tage vor unserer Ankunft die Friedensgemeinde La Balsita in Urabá in die nahe gelegene Stadt Dabeiba flüchten. Paramilitärs hatten ihr Land besetzt. Die Mitglieder der Gemeinde stammen aus den umliegenden Dörfern und Kommunen und wurden schon einmal gewaltsam vertrieben. In einem unweit von der Stadt Dabeiba gelegenen Tal hatten sie sich vor zwei Jahren auf einer ihnen zur Verfügung gestellten Finca angesiedelt und damit begonnen, ein gemeinsames landwirtschaftliches Projekt aufzubauen. Die Kooperative bestand aus 107 Personen, davon zweidrittel Kinder und Jugendliche. Mitte Juni wurden sie erneut zunächst von Militärs und später von Paramilitärs bedroht. Während unserer Anwesenheit in Kolumbien lebten sie als Flüchtlinge in einer Herberge der indigenen Bevölkerung in Dabeiba. Inzwischen (August

2004) sind sie nach vielen Verhandlungen mit Regierungsinstanzen „auf eigenes Risiko“ (wie die Ombudsstelle in Bogotá betonte) auf ihre Finca zurückgekehrt.

Auch die Familien in Giron, der von uns besuchten Siedlung in der Region Santander, wurden mehrfach vertrieben. Ursprünglich stammen sie aus St. Marta. Von dem Platz, an dem sie sich zuerst niedergelassen hatten, wurden sie nach etwa einem Jahr erneut vertrieben. Nach sechs Monaten in einem Fußballstadion (120 Familien mit 400 Kindern!) wurde ihnen ein kahler Steilhang zugewiesen. An dieser Stelle werden sie seit einem Jahr geduldet. Bei unserem Besuch ist es heiß und schwül. Es gibt kein Wasser, keinen Strom, keine Kanalisation, keinen Schatten, keine Gesundheitsversorgung und die meisten Kinder können nicht in die Schule gehen. Die Hütten mussten aus Abfallmaterialien und Ästen gebaut werden. Unterstützung erhalten die Menschen keine. Doch auch unter diesen ärmlichsten Verhältnissen bemühen sich die Familien um Sauberkeit; vor einigen Häusern blühen sogar Blumen, ausgesät in rostige Konservendosen.

St. Rafael de Leblijas sieht schon wohnlicher aus. Die BewohnerInnen stammen vom Rio Negro und mussten 1995 vor militärischer Bedrohung fliehen. In fast 10 Jahren haben sie ein gut organisiertes Gemeinwesen geschaffen, sogar eine Gemeindevertretung gewählt, einen überdachten befestigten Versammlungs- und Festplatz angelegt,

befestigte Wege mit Abwasserrinnen und außerdem gibt es Wasser und Strom.

Doch auch hier sind die Häuser ein Puzzle aus unterschiedlichsten Materialien, ein Sack oder eine Folie ersetzen Fenster und Tür. Das Gelände wurde ihnen mittlerweile von der Kommune überschrieben. Aber sie betonen, dass sie von der Regierung keine Unterstützung bekommen haben. „Die vergessen, dass wir auch Kolumbianer sind,“ klagen sie. „Wir sind schlichte Leute aber bereit zu arbeiten.“ Alles ist im Dorf in Eigenarbeit entstanden. Hilfe erhielten sie nur von internationalen Organisationen wie dem Roten Kreuz oder der Caritas. Sie wünschen sich dringend bessere Wohnverhältnisse und Arbeit. Da die wenigsten einen Arbeitsplatz haben, können die meisten Kinder auch nicht zur Schule gehen. Denn es wird Schulgeld verlangt und die Schuluniform muss bezahlt werden. Mitglieder der Karawane, die in anderen Vertriebenensiedlungen waren, haben die gleichen Erfahrungen gemacht: Eigenarbeit und Hilfe von außen lässt die Vertriebenen überleben; der kolumbianische Staat sieht weg.

Später erfahren wir, dass es für die Versorgung Vertriebener ein Gesetz 387 geben soll, mit einem speziellen Kapitel, in dem die Unterstützung vertriebener Frauen geregelt ist. Doch die Mittel wurden zusammengestrichen. Das Gesetz²⁰ ist ein Papiertiger und dient lediglich Uribes internationalen PR-Aktionen.

¹⁹ Indigenes Volk aus der Sierra Nevada

²⁰ Im Rahmen unseres Besuchs wird uns ein Papier übergeben, darin ist ein Gerichtsbeschluss dokumentiert, der Uribe auffordert, dieses Gesetz 387 einzuhalten. Bis Herbst 2004 ist keine Veränderung der Politik festzustellen.

Barrancabermeja – Stadt mit vielen Gesichtern

DIE KOLUMBIANISCHE ERDÖL- METROPOLE STELLT SICH VOR

Erdölmetropole auf der einen Seite, Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit auf der anderen; verrufen als Guerillastadt, real seit Jahren von Paramilitärs besetzt bleibt Barrancabermeja doch für viele eine Stadt der Hoffnung und in den Visionen des Bürgermeisters ist sie die Stadt des Friedens, der Erziehung, Bildung und Entwicklung.

1916, sagt der Bürgermeister, war Barrancabermeja noch eine kleine ländliche Gemeinde. Heute ist es eine gigantische Stadt mit vielen Teilgemeinden.

Der Wandel kam mit der Ölförderung. 1951 wurde Ecopetrol gegründet. Die staatliche Raffinerie bestand kaum ein Jahr, da war schon von Privatisierung die Rede und die Gewerkschaft USO mobilisierte erstmals erfolgreich einen Streik dagegen. Heute gibt es sechs weitere Förder-

Kleinbauern und Bäuerinnen, deren Land durch Sprühaktionen vergiftet wurde.

Viele BauerInnen bauen zumindest auf einzelnen Feldern Coca an, weil es die einzige sichere Einnahmequelle ist. Die Paramilitärs bieten einen festen Preis und die Ware wird abgeholt. Andere Feldfrüchte müssen weit transportiert werden, ohne dass der Absatz gesichert ist. Insbesondere die Felder der KleinbauerInnen sind stark von den Besprühungen gegen den Coca-Anbau betroffen. Flugzeuge verteilen großflächig Breitbandentlaubungsmittel. Getreide- und Gemüsefelder werden mit vernichtet, das Wasser wird vergiftet. AnwohnerInnen klagen über Übelkeit, Kopfschmerzen und Hautschädigung (siehe Bild). Auch so werden Menschen von ihrem Land vertrieben und fliehen in die Stadt.



stellen in verschiedenen Gemeinden aber nach wie vor neben der Raffinerie keine Weiterverarbeitung des Öls. Über 2000 Beschäftigte kam Ecopetrol nie hinaus. Die weithin glänzenden Anlagen lockten aber viele Menschen an in der vergeblichen Hoffnung auf Arbeit. Vertriebene suchten genauso Zuflucht wie

Barrancabermeja ist durch Migration massiv gewachsen. Die Folge: 300.000 EinwohnerInnen kämpfen ohne gesicherte Arbeit ums Überleben, die Arbeitslosenquote liegt bei 60 Prozent.

Lange galt Barrancabermeja als Guerillastadt²¹, die Bevölkerung stand

quasi unter Generalverdacht. Im Dezember 2000 marschierten Paramilitärs²² ein und nisteten sich in den Stadtteilen ein. Jeder Widerstand wurde gewaltsam niedergeschlagen. Sie suchten sich Häuser aus, warfen die BewohnerInnen hinaus, bauten eine Bürgerwehr und ein engmaschiges Spitzel- und Kontrollnetz auf, das sich wie Mehltau auf die Stadt legte.

Dabei ging und geht es nicht nur um politische Kontrolle, sondern auch um massive soziale und Verhaltenskontrolle. Wer sich nicht unterordnet, wer anders ist und nicht den Moralvorstellungen der Paramilitärs entspricht, gerät unter Druck. In den Stadtteilen wird das Leben für Homosexuelle, Marihuana rauchende Jugendliche oder Mädchen mit nicht angepasster Kleidung gefährlich. Menschen verschwinden, werden vertrieben oder ermordet; wie viele, das lässt sich schwer nachvollziehen, da Angehörige oft aus Angst vor den Spitzeln schweigen.²³ Die Angst ist berechtigt, denn niemand hindert die Paramilitärs an ihren Aktivitäten. Viele ZeugInnenaussagen belegen, dass das Militär mit den Paramilitärs kooperiert und die Polizei gegen deren Vergehen nicht einschreitet. Die Paramilitärs mischen sich sogar in die Familien ein, fordern Männer auf, dafür zu sorgen, dass ihre Frauen sich anständig kleiden und die jugendlichen Familienmitglieder abends zu Hause sind. NachbarInnen werden zur Denunziation genötigt. Der verarmten Bevölkerung in den Stadtteilen wird unter dem

Vorwand „Schutz vor der Guerilla“ „Schutzgeld“ abgepresst. Nur in wenigen Vierteln verweigern die Menschen die Zahlung, unterstützt von der Kirchengemeinde.

Dabei ist das „Schutzgeld“ für die Paramilitärs nur ein kleiner Obolus. Das große Geld machen sie mit Drogengeschäften. Das „Kartell der Gasolinas“ – eine Besonderheit der Erdölregion – bildet eine weitere Einnahmequelle. Sie zapfen die weitgehend oberirdisch verlaufenden Öl- und Benzinleitungen an und vertreiben es über ein Netz von 40.000 VerkäuferInnen²⁴ zum halben Preis. Nach Aussage des Bürgermeisters haben die Paramilitärs in den vergangenen vier Jahren jährlich für 80,5 Millionen Dollar Erlös (davon 60 Prozent in Barrancabermeja) Petroleum abgezapft, stillschweigend geduldet von Ecopetrol. Erst Anfang 2004 sperrte Ecopetrol die oberirdische Haupt-Pipeline ab. Doch das Geschäft läuft munter weiter; es gibt ja viele andere Leitungen. Als neuesten Clou haben die Paramilitärs einen Transportservice mit Motorrollern aufgebaut. Er ist etwas billiger als der Bus und bringt die Menschen bis an die Haustür. Für die KundInnen ist es ein bequemer Service, für die Paramilitärs eine weitere Methode, das „woher und wohin“ der Bevölkerung auszuspiionieren.

Der erfolgreiche Streik der USO im Mai 2004 gegen die erneuten Privatisierungspläne für Ecopetrol scheint für Barrancabermeja eine Wende einzuläuten.

Obwohl der Streik für illegal erklärt wurde, solidarisiert sich weit über die Gewerkschaft hinaus die Bevölkerung. Die Menschen stellen fest, dass ihre gemeinsamen Anliegen – für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Ecopetrol und gegen den Ausverkauf der Ressourcen ihres Landes – bedeutsamer sind, als die Angst vor gegenseitiger Bespitzelung. Die Stadt erwacht wieder zum Leben. Selbst auf Befehl der Paramilitärs übertünchte Wandmalereien werden erneuert. Wichtig für diesen Wandel ist die Haltung des Bischofs und des Bürgermeisters von Barrancabermeja. Der Bischof hat den Streik stark unterstützt und auf Kundgebungen der Gewerkschaft geredet.

Der Bürgermeister²⁵ spricht von den 36 Tagen eines guten, einvernehmlichen Streiks. Bleibt zu hoffen, dass sich dieses – nach dem massiven Polizeieinsatz bei einer Gewerkschaftsdemonstration im Juni 2004 gestörte – gute Einvernehmen wiederherstellen lässt und die Vision des Bürgermeisters, Barrancabermeja zu einer Stadt des Friedens zu machen, Realität wird. Die Präsenz der Paramilitärs in der Stadt spricht allerdings aktuell noch dagegen. Uns wurde berichtet, nach Beendigung des Streiks sei sogar eine neue Gruppe von Paramilitärs gekommen, die verkündet habe, dass sie keinen weiteren Streik zulassen werde. Gegen die Streikaktivisten wurden Todesdrohungen ausgesprochen.

²¹ Niemand bestreitet, dass die Guerilla in Barrancabermeja präsent war (nach Einschätzung unserer GesprächsteilnehmerInnen ist das heute nicht mehr der Fall). Für die kolumbianischen Verhältnisse ist dies aber nicht ungewöhnlich, sondern in den 40 Jahren seit Entstehung der Guerilla so gewachsen. Es wird geschätzt, dass in rund 800 der 1090 kolumbianischen Kommunen die Guerilla präsent ist.

²² Weder das Militär noch die Polizei – beide sind in Barrancabermeja stark vertreten – hinderten sie daran. Das Militär sieht seine Aufgabe im Wesentlichen in der Bewachung der Erdölanlagen und nicht im Schutz der Bevölkerung.

²³ Seit Januar 2003 hat die Ombudsstelle in Barrancabermeja sechs Berichte über die Bedrohung und Menschenrechtsverletzungen durch die Paramilitärs erstellt und weitergegeben, der letzte speziell zur Bedrohung der Gewerkschaften. Resonanz auf ihre Kritik gab es nicht.

Beim nachfolgenden Text handelt es sich um die Übersetzung eines Flugblattes der Organisation der Paramilitärs „AUTODEFENSAS CAMPESINAS“. Es wurde in Yondó eine Woche vor unserem Besuch an die Bevölkerung verteilt und kennzeichnet, wie sich die Paramilitärs als Macht im Staate aufspielen.

MITTEILUNG AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

An alle Anwohner und Anwohnerinnen der Ortschaft von Yondó / Antioquia

Als Konsequenz der letzten Ereignisse, die mit Diebstählen, Drogen- und Alkoholkonsum und Prostitution zu tun haben und in die eine große Mehrheit von Minderjährigen verwickelt sind, ist folgender Beschluss gefasst worden:

1. Es wird den Geschäftsinhabern und Kneipenbesitzern, die Alkohol verkaufen, verboten, diesen an Minderjährige zu verkaufen und sie haben ihnen den Zutritt zu den Kneipen, Discos usw. zu untersagen.
2. Es wird den Minderjährigen verboten, sich nach 22.00 Uhr auf den Straßen aufzuhalten. Man beachte: Es besteht keine Garantie für Jugendliche, die sich um diese Zeit auf der Straße befinden. Vermeidet Probleme! Ihr Eltern seid verantwortlich für Eure Kinder!
3. Verräter, und es gibt Verräter, sollten ihre Zunge mehr im Zaum halten. Sie werden identifiziert werden und zu ihrem eigenen Leidwesen wird gegen sie vorgegangen werden.
4. Diebe der Viertel und Dörfer, passt auf, passt gut auf! Wir sind da!
5. All das hier Gesagte muss von diesem Augenblick an strikt beachtet werden, denn die öffentlichen Autoritäten unter dem Polizeinspektor Fabian Hernandez haben nichts anderes getan, als uns zu verfolgen und den gemeinen Verbrechern aus Yondó und Barrancabermeja den Freiraum zu geben, zu tun und zu lassen was ihnen beliebt.

Yondó, am 17. Tag des Monats Juni 2004

BAUERN-SELBSTVERTEIDIGUNGSGRUPPE

ZENTRALBLOCK BOLIVAR

FRONT DER EROBERER VON YONDO

²⁴ Diese BenzinverkäuferInnen leben davon. Bei einer derartig hohen Arbeitslosigkeit, nutzen die Menschen jede Einnahmequelle. Vielfach sind es Jugendliche, die als Straßenhändler auftreten. Das illegal abgezapfte Benzin wird in Eimern und anderen offenen Behältnissen in Garagen, Schuppen oder sogar Wohnungen zwischengelagert und stellt so eine Brandgefahr und Gesundheitsgefährdung dar.

²⁵ Im Gegensatz zu vielen anderen Städten und Gemeinden, die die Paramilitärs „übernommen“ haben, gelang es ihnen in Barrancabermeja nicht, einen ihnen genehmen Bürgermeister durchzusetzen. Der gewählte Bürgermeister Edgar Cote Gravino gehört dem „Polo Democrático Independiente“ an, einem gemäßigten linken Wahlbündnis. In unserem Gespräch sagte er zu, gemeinsam mit Vertretern der USO in einem Gespräch anhand der Videos zu klären, ob es bei der Juni-Demonstration Übergriffe der Polizei gegeben hat.

Defensoria del Pueblo – Ombudsstelle des Volkes

AUS DER ARBEIT EINER
BESCHWERDESTELLE

Auf internationalen Druck hin wurden in den meisten größeren Städten Kolumbiens Ombudsstellen eingerichtet, um der Bevölkerung eine niedrigschwellige, unabhängige Beschwerdestelle zu bieten. Bei der von uns besuchten Ombudsstelle wurden von Januar bis Anfang Juni 2004 743 Menschenrechtsverletzungen angezeigt, die in dem nachfolgenden Bericht aufgeschlüsselt werden.

Empfangen wurden wir von der Leiterin der Ombudsstelle und einer weiteren Mitarbeiterin. Aktuell standen die beiden Frauen noch unter dem Eindruck ihres Besuchs in einem völlig zerstörten Dorf wenige Tage vor unserem Gespräch. Die Paramilitärs hatten die BewohnerInnen einer Siedlung im Süden Bolivars am Rio Magdalena verjagt und die gesamte Siedlung niedergebrannt. Den BewohnerInnen wurde unterstellt, der Guerilla Lebensmittel zu geben. Durch das Abbrennen des Dorfes wollten die Paramilitärs der Guerilla die Versorgungsmöglichkeit nehmen. Real haben sie die Lebensgrundlage etlicher Familien vernichtet.

Übersetzung aus dem Bericht der Ombudsstelle

Um über die Menschenrechte in Barrancabermeja zu sprechen und das, was die Ombudsstelle als tiefe Krise der Menschenrechte bezeichnet, legen wir hiermit eine Zusammenfassung des Zustandes der zivilen und politischen Rechte und der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vor.

Diese beruht auf den Anklagen von Menschenrechtsverletzungen, die die Bevölkerung der Ombudsstelle vorgetragen hat. Wir wissen, dass dies nur ein Ausschnitt der tatsächlichen Zahl von Menschenrechtsverletzungen ist, da uns bekannt ist, dass viele Bürger nicht zu unserer Institution kommen, sondern sich an andere Stellen wenden oder einfach keine Anklagen erheben.

Wir weisen darauf hin, dass sich die dargestellten Zahlen auf die 42 Gemeinden beziehen, die die regionale Ombudsstelle im Gebiet des Magdalena Medio betreut mit den personellen und materiellen Begrenzungen, die heute alle staatlichen Stellen erleiden aufgrund eines mangelhaften Etats.



Das meistverletzte Recht ist das auf Gesundheitsversorgung. Dazu gibt es 177 Klagen, die 24 Prozent der gesamten Klagen ausmachen. Obwohl behauptet wird, die Bevölkerung habe Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsfürsorge, ist diese unzureichend und in vielen Fällen gleich null.²⁶ 36 Prozent klagen wegen Gewalttaten: 117

Klagen wegen Bedrohung, die 16 Prozent ausmachen, 16 Anklagen wegen Mord, 23 Anklagen wegen Körperverletzungen, 43 wegen gewaltsamen Verschwindenlassens und 64 Fälle von Vertreibungen.

Die übrigen 40 Prozent repräsentieren Sondermaßnahmen (in Familien, Gefängnis, Zivilbereich), Verlet-

zungen des Arbeitsrechtes, des Zivilrechtes, Bitten um Hilfe bei Eigentumsproblemen, Ehrverletzungen, Umweltproblemen, fehlende soziale Sicherheit, Erziehung, Verletzung des Freiheitsrechtes. Alles in allem konstatieren wir 743 Anklagen.



²⁶ Mündlich wurde erläutert, dass dringend notwendige Operationen nicht durchgeführt werden und viele Krebs- und Aids-PatientInnen ohne Versorgung bleiben und keine Medikamente bekommen.

Frauen organisieren sich...

... LANDESWEIT IN DER OFP
- ORGANIZACIÓN FEMENINA POPULAR

...IN BARRANCABERMEJA IN DER
MUDEUB – FRAUENORGANISATION ZUR VERTEIDIGUNG VON
ECOPETROL UND DER ERDÖL-
GEWERKSCHAFT USO



... landesweit in der OFP

Am Abend des 23. Juni hatten wir ein Treffen mit der OFP in ihrem Hauptzentrum in Barrancabermeja, wo sie unserer Delegation der Karawane einen kleinen Empfang bereitete. Die Vorsitzende ist Yolanda Becerra, der ein großer Mitarbeiterinnenstab zur Seite steht. Die OFP ist wohl die größte unabhängige Frauenorganisation in Kolumbien, die 1972 in Barrancabermeja entstand und inzwischen Niederlassungen in Bogotá, Barranquilla und einigen anderen Städten hat. Sie setzt sich für die Rechte der Frauen in allen Lebensbereichen und in allen sozialen Schichten ein, hat allein in Barrancabermeja fünf Frauenzentren und weitere in den kleinen Ortschaften am Ufer des Magdalena, die jeweils mit einer Suppenküche verbunden sind, Aus- und Weiterbildung für die Frauen anbieten und sich besonders um die vielen vertriebenen Familien kümmern. Die Organisation ist unermüdlich auf dem Gebiet der Verteidigung der Menschenrechte tätig und um Aufklärung der durch Militärs, Paramilitärs und Guerilla begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit bemüht. Vor etwa 2 Jahren startete die OFP Bemühungen, ein landesweites Bündnis der „Frauen gegen den Krieg“ zu schaffen und

zu beflügeln, das schon einige Male Großdemonstrationen auf Landesebene durchgeführt hat.

...in Barrancabermeja in der MUDEUB

Angesichts der Regierungsbestrebungen ECOPETROL zu privatisieren, schloss sich 2003 eine zunächst kleine Gruppe von Frauen in Barrancabermeja zusammen, um die ErdölgewerkschafterInnen in ihrem Kampf zur Erhaltung der Autonomie der Erdölraffinerie zu unterstützen. Vor allem während des fünfwöchigen Streiks im Mai /Juni 2004 war MUDEUB sehr aktiv. Zum ersten Treffen kamen 60 Frauen. Sie organisierten Märsche, Mahnwachen, Aufklärung der Öffentlichkeit und gaben ihr eigenes Bulletin heraus: Man@s.

Nach wie vor arbeiten sie eng mit der USO zusammen und nehmen an den Sitzungen des inzwischen in Barrancabermeja gebildeten Foro Social, dem Sozialforum der Stadt, teil. Ihr wichtigstes Anliegen ist die Verteidigung von ECOPETROL als Eigentum des kolumbianischen Volkes. Heute ist MUDEUB eine regionale Frauenorganisation, die sich für Solidarität, Würde und Menschenrechte und Bildung und Ausbildung für alle Frauen einsetzt.

Menschenrechtsorganisationen unter Druck

PRÄSIDENT URIBÉ ATTACKIERT
U.A. AMNESTY INTERNATIONAL

Präsident Uribe sind sie ein Dorn im Auge, für in Kolumbien besonders bedrohte Gruppen und Personen sind sie im wahrsten Sinne des Wortes überlebensnotwendig. Neben Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit leisten viele nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen sehr konkrete Unterstützung. Das Kollektiv der kolumbianischen RechtsanwältInnen²⁷ übernimmt es beispielsweise regelmäßig, Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten zu dokumentieren. Sobald ihnen entsprechende Verbrechen gemeldet werden, reist i. d. R. ein kleines Team an den Ort des Geschehens und nimmt – oft selbst unter Lebensgefahr – gerichtswertbare Beweise auf. Nur so können Vertuschungen verhindert und (para-) militär- oder regierungsfreundliche Interpretationen widerlegt werden.

Bei den jüngsten Ermordungen in Arauca sah sich die Regierung – auch durch die internationalen Proteste – genötigt, innerhalb von vier Wochen ihre Version („wurden im Gefecht erschossen“) fallen zu lassen und drei Militärs und einen Spitzel unter Anklage zu stellen.

Mehrere kolumbianische Menschenrechtsorganisationen unterstützen politische Gefangene, Vertriebene oder indigene Gruppen. Vor allem zwei international anerkannte Organisationen – Peace Brigades International (PBI) und das Interkirchliche Komitee Gerechtigkeit und Frieden²⁸ unterstützen Friedensgemeinden und begleiten besonders bedrohte Personen. Im Vorfeld von Reisen informieren sie z.B. die Polizei. Über ihre Erfahrungen berichten sie regelmäßig u. a. dem UNO-Büro in Bogotá. Insbesondere diese Berichte und die Informationen von PBI und amnesty international, die ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit genießen, „stören“ Uribes Bemühungen

um internationale Reputation. Seine Anstrengungen, die Menschenrechtsverletzungen herunter zu spielen, werden unglaubwürdig, wenn authentische Berichte dagegen stehen. Deshalb versucht er seinerseits seit Jahren, Menschenrechtsorganisationen zu verunglimpfen und unter Druck zu setzen. Allein im Juni 2004, unmittelbar vor bzw. zu Beginn unserer Reise, spitzte sich für alle drei Organisationen in Kolumbien die Situation zu.

Die von MitarbeiterInnen von Justicia y Paz begleitete Friedensgemeinde La Balsita in Urabá musste vor der Besetzung ihres Landes durch Paramilitärs in die Nachbarstadt Dabeiba fliehen. PBI und die Friedensgemeinde San José de Apartado sah sich schon seit über einem Jahr, Verunglimpfungen durch Beamte und der 17. Brigade des Militärs ausgesetzt. Die Situation verschlimmerte sich, als Uribe sie Anfang Juni in einer öffentlichen Erklärung der Behinderung der Justiz bezichtigte und sie beschuldigte, „Korridor der FARC²⁹“ zu sein. Wenige Tage später attackierte er amnesty international als „Komplizen des Terrorismus“.

Solche Erklärungen können in Kolumbien lebensgefährlich sein; wer – und hier sogar aus höchstem Munde – der Unterstützung der Guerilla beschuldigt wird, ist quasi „Freiwild“ der Paramilitärs. Nur sofortige internationale Proteste haben in den genannten Fällen Schlimmeres verhindert. Die Beispiele belegen, dass Uribes Beteuerungen, seine Regierung würde aktiv gegen Menschenrechtsverletzungen vorgehen, wenig glaubwürdig sind. Real ist er viel mehr bemüht, Menschenrechtsorganisationen mundtot zu machen, damit niemand etwas von der kolumbianischen Wirklichkeit erfährt.

²⁷ Corporación Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo

²⁸ Comité Intereclesial de Justicia y Paz

²⁹ Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia, größte Guerilla-Organisation Kolumbiens

Strafverfolgung nach Gutsherrenart:

POLITISCHE GEFANGENE FÜLLEN DIE GEFÄNGNISSE....

In Bogotá berichtet der Vertreter des Solidaritätskomitees politischer Gefangener, dass dort Ende 2003 über 6.000 Menschen im Gefängnis saßen, davon 4.846 unter dem Verdacht, der Guerilla anzugehören oder wegen angeblicher politischer Delikte. Während der letzten Jahre häufen sich in vielen Regionen willkürliche und gewalttätige Freiheitsberaubungen. Besonders betroffen sind BauerInnen, Indigene, GewerkschafterInnen, politische und soziale Leitungspersonlichkeiten und MenschenrechtsverteidigerInnen.

Nach einer Statistik des Nationalen Institutes für das Gefängniswesen (Instituto Nacional Penitenciario) saßen im November 2003 im gesamten Hoheitsgebiet Kolumbiens 62.541 Personen ein, obwohl die Kapazität der Gefängnisse im Land nur 48.291 Plätze vorsieht.

Die Menschenrechtsorganisation FIDH³⁰ berichtet in ihrem Jahresbericht 2003 über schlimme Zustände in den Gefängnissen Kolumbiens, die in allen Städten überbelegt sind, z.B. Bogotá „La Modelo“ zu 65 Prozent, in Cali bei 1.530 Plätzen und 3.958 Insassen sind sogar 158 Prozent Überbelegung zu verzeichnen und in Bucaramanga 143 Prozent. Der Vertreter des Solidaritätskomitees beklagt die „Pest“ der InformantInnen, des Denunziantentums ohne Chance auf Verteidigung. Uribe hatte öffentlich angekündigt, eine Million Spitzel zu schaffen, nach Schätzungen sind es mittlerweile mindestens zwei Millionen. Der Hinweis eines solchen Spitzel reicht aus, um einen unbescholtenen Menschen wegen angeblicher terroristischer Aktivitäten oder Unterstützung der Guerilla hinter Gitter zu bringen. Dort sitzen sie monatelang ohne Prozess. Diese Informationen belegen, dass der kolumbianische Staat

nicht als demokratischer Rechtsstaat bezeichnet werden kann; er opfert die Rechte und Garantien des Individuums auf eine faire und menschenwürdige prozessuale Behandlung seiner Politik der so genannten demokratischen Sicherheit.

In Bucaramanga nahmen die beiden belgischen Teilnehmer der Karawane an der Gerichtsverhandlung gegen fünf Mitglieder der Erdölgesellschaft USO teil. Sie hatten nach einer Denunziation anderthalb Jahre im Gefängnis gesessen und standen bis zum Prozess weitere viereinhalb Jahre unter Hausarrest. Ihr Anwalt wies in seinem Plädoyer auf die „internationalen Beobachter“ hin. Wenige Minuten später waren die USO-Mitglieder frei. Die Staatsanwaltschaft hatte zunächst die Klage zurückgezogen, da ihr (abgesehen von der Informantenmeldung) keine Beweise vorlägen.

So viel Glück haben die wenigsten. Die Chancen auf ein faires, rechtsstaatliches Verfahren stehen schlecht; zumal auch RechtsanwälteInnen und RichterInnen, die ihre Aufgabe ernst nehmen, massiv bedroht sind. Die Gewerkschaft der RichterInnen und Rechtsanwälte beklagt seit Juli 2003 18 Ermordete, 22 Bedrohte und zwei Verschwundene. Durch die so genannten Antiterrorgesetze³¹ droht eine weitere Verschärfung, denn damit werden die Rechte von Polizei und Militär deutlich ausgeweitet und demgegenüber die Gerichtsbarkeit ausgehöhlt.

Schon heute klagt ASONAL JUDICIAL, die Nationale Vereinigung von Mitgliedern und Angestellten der Judikative, dass nationales und internationales Recht ignoriert wird:³²

In den Grundprinzipien der UN heißt es folgendermaßen:

„Die Unabhängigkeit der Judikative wird durch den Staat garantiert und durch das Grundgesetz oder die Gesetzgebung des Landes proklamiert. Alle Regierungsinstitutionen und andere Instrumente dieser Art respektieren und befolgen die Unabhängigkeit der Judikative.“

Auch die politische Konstitution Kolumbiens hält in Art. 201 fest: „Verleiht den Rechtsfunktionären durch Vereinbarung der Gesetze die notwendigen Hilfen, um ihre Anordnungen effektiv zu gestalten.“

Das erscheint angesichts der konkreten Erfahrungen als leere Worthülse.

Im Anschluss werden 12 RichterInnen und StaatsanwältInnen aufgelistet, die entweder ihres Amtes enthoben wurden oder unter Hausarrest stehen, weil sie der Regierung nicht genehm sind. Mit Verhängung des Antiterroristenstatuts wurden Eingriffe der Polizei und des Militärs in die richterliche Unabhängigkeit legalisiert und die Gewaltentrennung aufgehoben.

.....an Verbrechen der Paramilitärs hat die Justiz kein Interesse

Während die Gefängnisse überfüllt sind mit politischen Gefangenen, gehen die Mörder der GewerkschafterInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen straflos aus. In all unseren Gesprächen mit sozialen

Organisationen, Gewerkschaften, indigenen Gruppen und Angehörigen von Gewaltopfern ist die Verbitterung groß, über einen Staat, der Gewaltverbrecher nicht verfolgt. Jeder Vortrag, jede Stellungnahme endet mit einem wütenden Protest gegen die Straflosigkeit.

Während jeder noch so schwache Hinweis auf Guerillaaktivitäten oder ihnen nachgesagte Gewaltdelikte zu massivem Einschreiten, langjährigem Gefängnisaufenthalt, Verschwindenlassen oder Ermordung führt, brauchen die Paramilitärs nichts zu befürchten. Das Militär sieht weg. Selbst bei ihnen klar zugeordneten Gewalttaten winkt die Polizei ab. Wenn Angehörige das Verschwindenlassen von Familienmitgliedern anzeigen wollen, wird ihnen geraten, Ruhe zu geben und nicht weiter zu suchen.

Adriana vom Kollektiv der RechtsanwältInnen³³ berichtet, dass die oberste Gerichtsbarkeit seit den 80er Jahren eine Dokumentation von Ermordungsfällen führt, die die Auslöschung der aktiven Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen belegen. 40 Prozent der Morde sind gegen GewerkschafterInnen gerichtet, die Gewerkschaft der LehrerInnen ist besonders betroffen. Etwa 70 Prozent der Fälle sind bei Gericht dokumentiert, aber nur sieben Prozent werden verfolgt und noch viel weniger Fälle werden verurteilt. Die wenigen Verurteilungen betreffen nur Handlanger und untere Chargen; die Verantwortlichen im Hintergrund bleiben unbehelligt. Cinep, eine

Organisation der Jesuiten mit einer sehr guten eigenen Datenbank, bezweifelt, dass die offiziellen Daten der Richtigkeit entsprechen, da die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Dieser faktischen Straflosigkeit setzt Uribe noch eins darauf: Er hat Verhandlungen mit den Paramilitärs angekündigt, verspricht ihnen völlige Amnestie und will ihnen eine große Zone als autonomes Gebiet zur Verfügung stellen. Gegen diese Pläne richten sich zunehmend Proteste.

Monseñor Jaime Prieto, der Bischof von Barrancabermeja berichtet, dass auch die Kirche diese Pläne kritisiert und kündigt eine Bischofskonferenz an, die sich damit befassen wird. Mit zunehmender Sorge sieht er, wie die Paramilitärs eine illegitime Macht im Staate bilden. Seine Sorge gilt nicht nur der Gewalt und den militanten Todesdrohungen der Paramilitärs, sondern auch ihrem zunehmenden Eindringen in das Leben und soziale Geflecht des Landes und ihrer Einheit mit der Drogenmafia. Statt Verhandlungen mit den Paramilitärs, an deren Ende eine Amnestie für Mörder, mafiöse Strukturen und Drogenbosse steht, fordert er eine Wahrheitskommission, um Klarheit und Wahrheit über begangene Schwerverbrechen zu gewinnen. Statt Begünstigung der Paramilitärs, fordert er Friedensverhandlungen mit der ELN³⁴ und hofft, dass Deutschland einen solchen Prozess unterstützt.

³⁰ FIDH = Internationale Föderation für die Menschenrechte

³¹ Zum Zeitpunkt unseres Aufenthaltes in Kolumbien waren die Antiterrorgesetze zwar bereits verabschiedet aber noch nicht in Kraft. Trotzdem erhielten wir immer wieder Hinweise, dass die Polizei bei Verhaftungen, Razzien etc. bereits danach handelte. Am 3.9.04 berichtete die taz, dass das kolumbianische Verfassungsgericht das Antiterrorgesetz aufgehoben hat.

³² Übersetzter Auszug aus einem uns übergebenen Bericht ³³ Corporación Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo

³⁴ ELN = Ejército de Liberación Nacional; zweitgrößte kolumbianische Guerillaorganisation

Uribe, Präsident mit zwei Gesichtern

HINTERGRÜNDE DER PERSON UND POLITIK DES KOLUMBIANI- SCHEN PRÄSIDENTEN

Am 26. Mai 2002 wurde der von Paramilitärs, großen Teilen der liberalen und konservativen Politeliten und den großen Medienkonzernen unterstützte Alvaro Uribe Vélez mit 53 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten Kolumbiens gewählt. In vielen Regionen zwangen Todes-schwadronen die Bevölkerung zur Stimmabgabe für Uribe. Trotzdem lag die Wahlbeteiligung nur bei 43 Prozent.

Dank seiner guten Beziehungen zu den großen Medienkonzernen fand und findet sich in der kolumbianischen Presse kaum ein kritisches Wort zu Uribe, seiner Politik, geschweige Informationen über die dunklen Seiten seiner Vergangenheit. Weder die Verquickungen mit den Paramilitärs noch die engen Verbindungen zur Drogenmafia finden dort Erwähnung.³⁵

Uribe stammt aus einer Großgrundbesitzerfamilie, studierte in Harvard und Oxford Rechtswissenschaften, war Bürgermeister in Medellín und Gouverneur in Antioquia und glänzt durch Sachkompetenz und rhetorisches Geschick. So fällt es ihm nicht schwer, sich auf internationalem Parket als aufrechten, um sein Land besorgten Demokraten darzustellen. Anlässlich seines Deutschlandbesuchs im Februar 2004 empfing Bundeskanzler Schröder Uribe mit allen Ehren, sagte ihm Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus und in Bezug auf die Gewährung von Zollpräferenzen für Kolumbien zu. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezeichnete Uribe gar als Hoffnungsträger Kolumbiens und forderte eine breite Unterstützung seiner Politik. Im EU-Parlament fiel der Empfang Uribes allerdings deutlich kühler aus, über die Hälfte der Abgeordneten verließ bei seiner Rede aus Protest den Saal.

Zu Beginn seiner Amtszeit präsentierte Uribe sein Konzept zur Fortführung des so genannten Plan Colombia. Wesentlicher Schwerpunkt ist der Kampf gegen Drogen und Terrorismus.³⁶ Uribe spricht von der Politik der „harten Hand“, wobei er insbesondere gegenüber der EU bemüht ist, das „weiche Herz“ als gleichberechtigten Bestandteil des Konzeptes darzustellen. Anders als die USA, die den Plan Colombia militärisch u. a. mit Black Hawk Hubschraubern, Ausbildungshilfen und den umstrittenen Flugzeug-Sprüheinsätzen stark unterstützen (für 2004 wurden 700 Mio. Dollar bewilligt), verfolgen Deutschland und die EU einen eigenständigen Ansatz mit dem Schwerpunkt Konfliktminderung und humanitäre Hilfe.

Folglich betont Uribe gegenüber Europa die besonderen Bemühungen seiner Regierung zum Schutz der Menschenrechte und ihre Anstrengungen zur Gleichbehandlung der Geschlechter, zur Stärkung der Rechte der Kinder und der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Bevölkerung. Er verweist darauf, dass bei allen statistischen Menschenrechtsindikatoren eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen sei. So verkommt Menschenrechtspolitik zur Prozentrechnung. Real konnten wir uns davon überzeugen, dass in Kolumbien die Menschenrechte immer noch mit Füßen getreten werden.

Wenn z.B. 2003 weniger GewerkschafterInnen ermordet und weniger Menschen vertrieben wurden als im Vorjahr, hängt das auch damit zusammen, dass es in Kolumbien inzwischen real immer weniger aktive GewerkschafterInnen gibt und bei 3,7 Mio. Inlandsvertriebenen große Teile der umstrittenen Gebiete bereits entvölkert sind.

Die Aktivitäten zur Gleichbehandlung der Geschlechter entpuppen sich als Papiertiger und Propagandamaßnahmen.³⁷ So hat das Kabinett von Uribe zwar öffentlichkeitswirksam einen „Rat der Frauen“ einberufen, vor diesem ein Bekenntnis zur Gleichstellung abgegeben und ein Antidiskriminierungsdekret unterzeichnet; es gibt spezielle gesetzliche Regelungen für Frauen – beispielsweise für die Versorgung Vertriebener – an der realen Situation ändert das nichts. Die praktische Politik der Regierung Uribe – der massive Sozialabbau, die Kürzungen im Bildungswesen und die unzureichende Gesundheitsversorgung benachteiligen Frauen in vielfacher Hinsicht. Dreiviertel der Vertriebenen sind Frauen und Kinder, für ihre Versorgung hat der kolumbianische Staat nichts übrig, weil 60 % des Staatshaushaltes für den Krieg gegen die Guerillas einschließlich der Finanzierung der Spitzel verausgabt werden. Es existiert ein Gesetz, wonach Frauen auf dem Land Zugang zu Krediten zu geben ist. Die zunehmende Militarisierung bewirkt, dass keine Kredite mehr gewährt werden.

Dazu kommt die ausufernde Gewalt gegen Frauen. Paramilitärs gehen in die Dörfer und stellen für die Frauen Benimm- und Bekleidungs Vorschriften auf.

Frauen, die sich nicht anpassen und unliebsam auffallen, werden als Freundinnen oder Geliebte der

Guerillas denunziert, geraten unter Druck und werden verfolgt. Uribe lässt Spielkarten vertreiben, mit dem Spruch: „Bei mir findest Du die Freiheit“ werben darauf Pin-up-Girls dafür, die Guerillas zu verlassen. Beim Militär werden nackte, kopflose Frauenkörper als Zielschieben genutzt. Proteste wurden zurückgewiesen, da „es den Soldaten so besser geht.“

Überall, wo das Militär präsent ist, werden Frauen zwangsprostituiert. Frauenorganisationen stellen fest, dass zunehmend junge Schwangere (zwischen 13 und 18 Jahre) von Soldaten zurückgelassen werden. Diejenigen, die sich nach Abzug des Militärs weiter prostituieren, laufen Gefahr, einer Säuberungsaktion der Paramilitärs zu Opfer zu fallen. Nach ermordeten Prostituierten kräht in Kolumbien kein Hahn. Dabei akzeptieren Paramilitärs Prostitution sehr wohl für ihren „eigenen Bedarf“. In der Zone, die für die Paramilitärs vorbereitet wird, sollen Bordelle bereits im Aufbau und Prostitution erlaubt sein.

Die Gesamtsituation führt – trotz Abtreibungsverbot – zu einer unglaublich hohen Zahl an Schwangerschaftsabbrüchen. Die Organisation Piedad Córdoba, die sich für Minderheitenrechte und sexuelle Selbstbestimmung engagiert, geht von 300.000 Schwangerschaftsabbrüchen im Jahr aus.

Dass das „weiche Herz“ Uribes real eher ein Eisklumpen ist, zeigt sich besonders deutlich in der Gesundheitspolitik. Das Hospital San Juan de Dios ist ein Beispiel dafür. Schon unter Uribes Vorgänger wurden die Entgeltzahlungen an die 1200 Beschäftigten des ehemals staatlichen Krankenhauses eingestellt und eins der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Krankenhaus Bogotás stillgelegt. Es handelt sich dabei keineswegs um einen Einzelfall. Auch den Beschäftigten der Universitätsklinik Ramón González Valencia in Bucaramanga wurde seit 6 Monaten kein Gehalt mehr gezahlt. Eine große psychiatrische Klinik, die Nordost-Kolumbien versorgt, soll geschlossen werden.

Die Delegierten, die in anderen Regionen waren, berichten ähnliches: Schließung oder Privatisierung gesundheitlicher Versorgungseinrichtungen. Auch die staatliche ambulante Basisgesundheitsversorgung besteht oft nur auf dem Papier. Wer arm ist, wird in die Kategorie 1 eingestuft und soll in den Gemeindeggesundheitsstationen eine kostenlose Basisversorgung erhalten. Vielen Betroffenen fehlt allerdings das entscheidende Dokument, mit dem sie ihre Berechtigung nachweisen können, da die BeamtInnen äußerst ungern in die Armenviertel gehen.

³⁵ Informationen zur zweifelhaften Vergangenheit Uribes lassen sich nachlesen u. a. im Artikel „Wer ist Alvaro Uribe?“, www.labournet.de, www.kolumbien-aktuell.ch oder unter www.ila-bonn.de wo er als „Der Narco-Kandidat“ beschrieben wird.

³⁶ Seit April 2004 stehen zwar alle drei „großen illegalen Gewaltgruppen“ (die Guerillaorganisationen FARC und ELN – die erst nach dem Besuch Uribes in Europa aufgenommen wurde – und die AUC, Organisation der Paramilitärs) auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen. Die Antiterrorpolitik der kolumbianischen Regierung konzentriert sich allerdings auf die Guerillas.

³⁷ Die Aussagen stützen sich auf die Gespräche mit den verschiedenen Frauenorganisationen und mit Gloria Cuartas.

Aktionsplan

DER INTERNATIONALEN KARAWANE FÜR DAS LEBEN

(Übersetzung des Abschlussdokuments aus dem Spanischen)

Wir, die Delegierten und TeilnehmerInnen an der internationalen Karawane für das Leben der kolumbianischen ArbeiterInnen, haben nach Auswertung der vorgelegten Berichte folgenden Aktionsplan erarbeitet, der es uns ermöglichen soll, die Arbeit für Kolumbien in unseren Ländern zu stärken und unseren Beitrag zum Kampf des kolumbianischen Volkes fortzusetzen.

- Nach Rückkehr in unsere Länder werden wir die Situation, wie wir sie in den besuchten Regionen Kolumbiens und in den sozialen Sektoren kennen gelernt haben, bekannt machen und den Menschen nahe bringen. Dazu dienen die Informationen und Materialien, die uns von den einladenden Organisationen zur Verfügung gestellt wurden. Über das Internet werden wir uns in den verschiedenen Ländern vernetzen und Informationen austauschen. Der Abschlussbericht der Karawane wird den einzelnen Delegationen als Arbeitsmaterial zugesandt werden.
- Wir verpflichten uns, den offiziellen Regierungsgremien unserer Länder die schwere Krise darzustellen, die wir in Kolumbien wahrgenommen haben, und zu verlangen, die Unterstützung der kolumbianischen Regierung einzustellen und diese dringend aufzufordern, die Menschenrechte zu respektieren und vollständige Wiedergutmachung für die Opfer zu leisten.
- Gleichermaßen werden wir unsere punktuellen Aktivitäten in den verschiedenen Ländern koordinieren, um mit vereinten Kräften bessere Erfolge in der Anklage und bei der Unterstützung der Widerstandsaktivitäten in den Gemeinden Kolumbiens zu erreichen.
- Durch Foren und öffentliche Veranstaltungen und in Verbindung mit anderen Völkern der Welt wollen wir Kampagnen gegen die Politik der Multinationalen, den Plan Colombia und die Wirtschaftsabkommen durchführen und verstärken, z.B. beim Europäischen Sozialforum und dem Sozialforum Amerikas.
- Wegen der kritischen Lage der Gewerkschaftsbewegung in Kolumbien ist es von großer Dringlichkeit, dass wir uns in unseren Ländern für die möglichst umgehende Entsendung einer Untersuchungskommission der ILO nach Kolumbien einsetzen, die den Schutz der Menschenrechte für die ArbeiterInnen fordert und die Politik der Straflosigkeit der kolumbianischen Regierung verurteilt.
- Die schon sichtbaren Erfolge dieser Karawane sind Veranlassung, dieses Instrument des Einsatzes für das Leben zu verstetigen. Aus dieser ersten Initiative soll eine STÄNDIGE KARAWANE FÜR DAS LEBEN UND DIE MENSCHENRECHTE DES KOLUMBIANISCHEN VOLKES werden. Wenn es stimmt, dass diese Karawane die Möglichkeit eröffnet hat, die dramatische Lage der indigenen Völker, der Inlandvertriebenen und andere soziale Probleme kennen zu lernen, dann ergibt sich die Notwendigkeit, durch weitere Karawanen die Prozesse des Widerstandes zu begleiten.
- Die breite Teilnahme der Organisationen von Frauen, Jugendlichen, StudentInnen und KünstlerInnen zeigen eindeutig, wie wichtig es ist, diese Prozesse und den Kampf, der in ihnen zum Ausdruck kommt, bekannt zu machen.
- Wir werden die Kampagnen gegen multinationale Unternehmen in Kolumbien (Nestlé, Coca-Cola, Drumond) verstärken und die gegen die multinationalen Erdölfirmer in Kolumbien (wie OXI, REP-SOL, BP) vorgeschlagenen Kampagnen unterstützen.

- Wir werden uns um die ständige Präsenz von internationalen Delegationen in Kolumbien bemühen, um die Bande der Geschwisterlichkeit zu stärken und die Friedens- und Widerstandsgemeinden besonders in den Gebieten Arauca, Atlantico, Cauca, Antioquia u.a. zu unterstützen.
- Es ist wichtig, die Strategien und Aktivitäten der Multinationalen weiter zu analysieren. Das „Observatorio Social de Empresas Multinacionales, Megaproyectos y DH“ ist dafür ein gutes Instrument, das wir stärken müssen. Wir verpflichten uns, mit dieser wichtigen Initiative zusammenzuarbeiten.
- Die Karawane wird weiterhin in Kontakt bleiben und die Aktivitäten der staatlichen Kontroll- und Rechtsorgane beobachten. Deren vorrangige Aufgabe ist die Verteidigung der Menschenrechte, die Wahrheitsfindung, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer. Es wird daher von ihnen erwartet, dass die Verhandlungen mit den Paramilitärs nicht Straflosigkeit und Vergessen der Opfer zum Ergebnis haben.
- Um den Kampf gegen die Straflosigkeit für die begangenen Verbrechen an der Gewerkschaftsbewegung fortzusetzen, werden wir das Internationale Meinungstribunal weiter vorantreiben.
- Die Karawane konnte feststellen, dass die Menschenrechtsverletzungen nicht nur im Bereich der Gewerkschaften zu verzeichnen sind, sondern in allen Bereichen der armen Bevölkerung Kolumbiens geschehen. Wir verpflichten uns, diese schreckliche Realität anzuklagen.
- Die Karawane ruft die bewaffneten, am kolumbianischen Konflikt beteiligten Akteure dazu auf, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren.
- Die internationale Karawane beteiligt sich an der Verbreitung des S.O.S. für das Leben der kolumbianischen GewerkschafterInnen, ausgerufen durch die drei internationalen Zentralen für September 2004.

In Bezug auf die weltweite Kampagne gegen Coca-Cola erklären wir unser Einverständnis mit:

- a) der Ernennung des 22. Juli als Internationalen Tag gegen Coca-Cola durch koordinierte Aktionen der verschiedenen Gruppen. Es wird vorgeschlagen, an diesem Tag in den Kommunikationsmitteln und in allen Ländern Präsenz zu zeigen.
- b) der Durchführung einer notwendigen Debatte zur Verbesserung der Kampagne. Die Ergebnisse der bis heute gesammelten Erfahrungen über Schwächen, Erfahrungen, Stärken und Möglichkeiten der Kampagne sollten ausgetauscht werden.
- c) dem Austausch von inzwischen erarbeiteten Materialien seitens der verschiedenen Impulsgruppen der Kampagne: Fotoausstellungen, Gegenveröffentlichungen, audiovisuelles Material, als Materialbörse zur weiteren Sammlung von Beiträgen.
- d) einer internationalen Aktionswoche gegen Coca-Cola zur Verbreitung der Informationsmaterialien und Bemühung um weitere Bündnispartner.
- e) der Analyse der Kampagne aus verschiedenen Gesichtspunkten; Ziele bleiben dabei, die Lage in Kolumbien zu verdeutlichen und Menschenrechtsverletzungen durch die Transnationalen in der ganzen Welt aufzuzeigen.

Auszug aus einem Info-Brief der Peace Brigade International

FOCOS DE INTERÉS NR. 81

September 2004

Focos de Interés ist ein monatliches Rundschreiben, in dem wir die unserer Arbeit und unseren Zielsetzungen entsprechenden Aspekte über die Menschenrechtssituation in Kolumbien vermitteln möchten. Sie erhalten die deutsche Übersetzung. Bindend ist das Original in spanischer Sprache.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Kolumbien-Projekt der Peace Brigades International grüßt Sie sehr herzlich. Mit diesem Bericht möchten wir unsere Sorge angesichts von Zeugenaussagen zum Ausdruck bringen, die wir im Zusammenhang mit der täglichen Begleitung von Personen, Organisationen und Vertriebenengemeinden gesammelt haben, die sich aufgrund ihres Einsatzes für die Menschenrechte in ihrer Arbeit und ihrer persönlichen Sicherheit bedroht sehen.

Plan zur Ermordung der Menschenrechtsverteidigerin Berenice Celeyta sowie sozialer und politischer Führungspersönlichkeiten

PBI hat von einem möglichen Attentat auf die Menschenrechtsverteidigerin Berenice Celeyta Alayón als Teil eines umfassenden Plans zur Ermordung von politischen Oppositionellen, Gewerkschaftern, Führern der sozialen Bewegung und MenschenrechtsverteidigerInnen in verschiedenen Regionen Kolumbiens Kenntnis bekommen.³⁸ Der "Operación Dragón" genannte Plan enthält eine Liste mit Namen von Personen, auf die Attentate verübt werden sollen. Es wurde eine größere Summe für die Ermordung des Kongressmitglieds Alexander López Maya sowie für die Ermordung des Vorsitzenden der Gewerkschaft SINTRAEMCALI Luis Hernández Monroy und von Frau Dr. Celeyta gezahlt. Anscheinend wurde ein aus Militärs, Polizisten und weiteren staatlichen Bediensteten und wirtschaftlichen Interessenvertretern bestehendes Informationsnetzwerk eingeschaltet. Einzelheiten der Operation, die dem Kongressmitglied López von einem Informanten zugespielt wurden, wurden sofort veröffentlicht und dem Generalstaatsanwalt mitgeteilt, der aufgrund dieser Informationen entsprechende Ermittlungen aufgenommen hat.³⁹ Berenice Celeyta ist Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation für Menschenrechte NOMADESC und Beraterin für Menschenrechte von SINTRAEMCALI. Aufgrund ihrer Gefährdung wird sie seit acht Jahren von PBI begleitet und steht unter besonderen Schutzmaßnahmen der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte. In den vergangenen Jahren wurde sie wiederholt Opfer von Einschüchterungen, darunter eine telefonische Morddrohung am 19. Februar 2004, zwei Wochen nach dem Besuch einer Delegation britischer Parlamentsmitglieder und Gewerkschafter.⁴⁰ Aufgrund der jüngsten Vorkommnisse sah sich Frau Dr. Celeyta gezwungen, ihre Arbeit in Cali aufzugeben und nach Bogotá zu ziehen. PBI hat die Begleitung von Frau Dr. Celeyta verstärkt und wir möchten der nationalen und internationalen Gemeinschaft sowie der kolumbianischen Regierung und anderen staatlichen Stellen unsere große Besorgnis mitteilen. Der Plan „Operación Dragón“ ist ein schwerwiegender Angriff auf die demokratischen Grundrechte. Einmal mehr musste eine Menschenrechtsverteidigerin aufgrund solcher Drohungen ihren Wohnort verlassen. Aufgrund dieser Besorgniserregenden Situation fordern wir die kolumbianische Regierung auf, die Vorkommnisse zu untersuchen und aufzuklären. Die Regierung muss ihrer Verpflichtung nachkommen, die Sicherheit und Arbeit dieser Menschenrechtsverteidigerin und aller anderen Personen zu gewährleisten, die in den Dokumenten im Rahmen der staatsanwaltlichen Ermittlungen erwähnt werden.

³⁸ "Operación Dragón", El Espectador, 28. August 2004.

Eilaktion "Aufdeckung der Operación Dragón zur Ermordung von Kongressmitgliedern, MenschenrechtsverteidigerInnen und Führern der sozialen Bewegung" der Menschenrechtsorganisation NOMADESC, der Gewerkschaften SINTRAEMCALI, SINTRUNICOL, USO, CUT-Vallé de Cauca, SINTRAINERCOL, der Studentenbewegung "Movimiento Estudiantil del Valle del Cauca y Nariño", des Komitees für die Solidarität mit politischen Gefangenen (CSPP-Valle del Cauca), der Gewerkschaften Sintramunicipio Bugalagrande, Sintramunicipio Yumbo, Sintramunicipio Dagua, Sintrametal Yumbo, der Stadtviertel-Jugendorganisationen "Organizaciones Barriales Juveniles Artísticas y Populares de Santiago de Cali, Bogotá, 29. August 2004. ³⁹ Ebd. ⁴⁰ Siehe Focos de Interés No. 76.

Coca-Cola Aufruf

PRESSEERKLÄRUNG DES
WUPPERTALER SOZIALFORUMS
VOM 14. JULI 2004:

22. JULI - INTERNATIONALER
AKTIONSTAG GEGEN COCA COLA
- AUCH IN WUPPERTAL

Am 22. Juli wird bei der Minna Knallenfalls in der Poststraße ein Stand des Wuppertaler Sozialforums zum Protest gegen Coca Cola aufrufen - bei hoffentlich gutem Wetter und Live-Musik und einem Angebot an Alternativgetränken. Anwesend am Stand wird sein eine Betriebsrätin der Bayer Belegschaftsliste, die im Juni an einer Internationalen Karawane für das Leben kolumbianischer GewerkschafterInnen in Kolumbien teilgenommen hat.

Es gibt viele Gründe, Coca Cola zu boykottieren, hier finden Sie einige von ihnen

Am 22. Juli 2004 werden Aktivisten des Wuppertaler Sozialforums, Betriebsräte und Gewerkschafter in der Wuppertaler Innenstadt sich dem internationalen Protest gegen Coca Cola anschließen. Gründe, gegen den Getränkekonzern zu protestieren, gibt es viele. Die Liste der Vorwürfe von Menschenrechtlern, Bauern und Gewerkschaftern über die extrem repressive Politik in verschiedenen Ländern des Planeten ist lang. Gründe für die Organisatoren, sich dem internationalen Protesttag anzuschließen sind die Unterdrückung von Gewerkschaftsrechten in Kolumbien, illegale Werksschließungen, Verstoß gegen Tarifverträge, Beseitigung von Gewerkschaftern.

Kolumbien ist das Land mit der höchsten Ermordungsrate bei Gewerkschaftern. Über 90% der Verbrechen bleiben straffrei.

Was soll der Protest erreichen?

Die Vertreter des Wuppertaler Sozialforums wollen die Öffentlichkeit über die dramatische Situation der Gewerkschafter, aber auch anderer sozialer Bewegungen alarmieren.

Auf die Firma Coca Cola und die kolumbianische Regierung soll Druck ausgeübt werden, ihr Praxis zu ändern und den Opfern eine umfassende Wiedergutmachung zu gewähren.

Die deutsche Regierung soll sich aufgefordert fühlen, die kolumbianische Regierung zur Beendigung der Repression und Menschenrechtsverletzung zu drängen und Initiativen wie die der UN, ILO oder Amnesty International in dieser Richtung zu unterstützen.

Was kann man machen?

Sie können aufhören, Coca Cola zu trinken, um den Konzern spüren zu lassen, dass Ihnen seine Praktiken nicht gleichgültig sind. In Wuppertal haben schon mehrere Kneipen, den Verkauf von Coca Cola aufgegeben. Weg mit den Automaten in Universitäten, Gewerkschaftsbüros oder anderswo.

Schreiben Sie an Coca Cola, die deutsche oder kolumbianische Regierung. Schließen Sie sich Solidaritätsaktionen oder -gruppen an.

Besuchen Sie Informationsveranstaltungen, um sich weiter zu informieren, z.B. am 15. September in Wuppertal. Ort und Zeit werden noch bekannt gegeben.

Weitere Informationen:
www.w-forum.org, www.isnr.si



Imressum

Herausgeberin

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
www.gruene.landtag.nrw.de

Redaktion

Gaby Beckmann

Texte: soweit nicht anders gekennzeichnet:

Marianne Hürten

Übersetzungen

Christina Klissenbauer

Layout

Christiane Wittich

Bilder/Bildnachweis

privat

Für Informationen steht zur Verfügung

Marainne Hürten, Mdl
Frauenpolitische Sprecherin
Telefon: 0221 884-2349/2658
Telefax: 0221 884-3521
Email: marianne.huerten@landtag.nrw.de
Homepage: <http://www.marianne.huerten.de>

Weitere Informationen unter:

www.labournet.de
www.kolumbien-aktuell.ch
www.colonialismus.ch
www.w-forum.org
www.sinaltrainal.org